# :antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 30.10.2012 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de


## Williamson ausgeschlossen

STUTTGART/MENZINGEN. Die am rechten Rand des Katholizismus angesiedelte „Priesterbruderschaft St. Pius X." hat Bischof Richard Williamson aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen. Williamson habe sich „seit mehreren Jahren von der Führung und Leitung der Priesterbruderschaft entfernt und sich geweigert, den Respekt und den Gehorsam zu bezeigen, den er seinen rechtmäßigen Oberen schuldet", heißt es in einem Kommuniqué des Generalhauses der „Priesterbruderschaft St. Pius X.". Dass Williamson unlängst erneut wegen „Volksverhetzung" zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, wird in der Ausschlussbegründung nicht erwähnt. Wohl aber, dass Williamson nach einer eingeräumten letzten Frist einen „Offenen Brief" angekündigt habe, in dem er den Generaloberen der Priesterbruderschaft zum Rücktritt auffordern wollte. Für den ehemalige Sekretär Williamsons ist dies „in Wirklichkeit eine Schlacht der liberalen gegen die antiliberale Partei innerhalb der Piusbruderschaft". Diese Spaltung sei seit dem ersten Tag in der Piusbruderschaft anwesend gewesen und habe sich nach dem Tod des Gründers der Priesterbruderschaft verschärft, heißt es auf den Internetseiten von „kreuz.net". In den kommenden Monaten und Jahren werden man „wesentlich mehr von Bischof Williamson hören und sehen". In Kommentaren auf dieser extrem rechten Internetseite wird der Ausschluss Williamsons kritisiert. Die Trennung von Williamson sei für die „Kryptomodernisten" in der Priesterbruderschaft notwendig, „um Ratzinger und den Juden" zu gefallen und die „Anbiederung an Rom ohne Hindernisse voranzutreiben". *hma* ■

## „Reichsbürger" verurteilt

HERFORD. Das Detmolder Landgericht hat ein Vorstandsmitglied der „Justizopferhilfe NRW" wegen Geldfälschung zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefäng-

**Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten**

**Spendenstand, 1.10.2012:**
**850,– Euro**
**BLZ: 370 100 50, Postbank Köln**
**Kto: 104 19 507**

# Zwischen Ausschussbashing und Fehlersuche

### NSU-Ausschuss zwischen dem 18. und 26. Oktober

Drei Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses fanden in den beiden Parlamentswochen vom 15.-26. Oktober 2012 statt und die Abgeordneten haben insgesamt sieben Zeugen gehört. Deutlich wurde in diesen Befragungen die ganze Spannbreite der Vernehmungen zwischen kritischer Rückschau auf die eigene Ermittlungsarbeit und der Leugnung aller Fehler und Versäumnisse. Exemplarisch für diese Spannbreite standen die beiden Zeugen Jürgen Maurer (Vizepräsident des BKA) und Klaus Dieter Fritsche (Staatssekretär im Innenministerium und langjähriger Vizepräsiden des Bundesamtes für Verfassungsschutz). Während Mauer um einen kritischen Blick auf Fehler und Schwächen der Ermittlungen zu den Taten des NSU bemüht war, ging es Fritsche darum, die Aufklärung dieser Fehler durch den Ausschuss als eigentliche Gefahr für die Sicherheit des Landes darzustellen. Die Facetten der Vernehmungen aller Zeugen zeigten jedoch einmal mehr, welche Fehleinschätzungen beim Thema militante Rechte eine Mordserie wie die des NSU begünstigt haben.

## Fehleinschätzung zum Thema Rechtsterrorismus

Die Aktenvernichtungen im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und die Fehleinschätzungen des BfV und der anderen Sicherheitsbehörden zum Thema Rechtsterrorismus waren die beiden Hauptthemen der Ausschusssitzung am 18.10.2012. Mit Klaus Dieter Fritsche wurde eine zentrale Person der Sicherheitsbehörden knapp acht Stunden im Ausschuss vernommen.

Fritsche zeigte dabei wenig Selbstkritik, fing sein Eingangsstatement vielmehr mit Vorwürfen gegen den Ausschuss und die Medien an. Einen „Skandalisierungswettbewerb" gegenüber den Sicherheitsbehörden unterstellte der Staatsekretär, womit er offenbar die Kritik an Verfassungsschutz und anderen als unbegründete Skandalisierung darstellen wollte. Nicht seine eigene Rolle im Zusammenhang mit dem NSU-Fall wurde von Fritsche eingangs thematisiert, sondern der Zeuge stimmte ein Loblied auf den Aufklärungswillen der Bundesregierung an. Die darauf folgende Unterbrechung der Sitzung wurde zum eigentlichen Medienthema, obwohl die wirkliche Brisanz in der Befragung des Staatssekretärs eine ganz andere war. 2003, nach dem missglückten Anschlagsversuch der Kameradschaft Süd auf das jüdische Gemeindezentrum in München, gab es die explizite Frage der Politik nach einer „braunen RAF", sprich der Gefahr, eines systematischen rechten Terrorismus. Diese Gefahr wurde in einem Papier des BfV verneint und dieses Papier wurde eben vom Zeugen Fritsche unterschrieben.

→

**Aus dem Inhalt:**


**Ehrenwertes Schreddern und tödliche Kaffeesatzleserei :**
**Interview mit Petra Pau 2**
**Razzien bei proKöln-Funktionären 5**

In einem Artikel des Stern vom September 2012 (Ausgabe 38/2012, S. 48) heißt es: „Für das Bundesinnenministerium verlangte Ministerialdirigent Gerhard Schindler, heute Chef des Bundesnachrichtendienstes, eine Einschätzung vom BfV. ‚Haben wir die Szene unter Kontrolle? Gibt es eine braune RAF?' Vizepräsident Fritsche antwortete. Das Schreiben vom 14. September 2003 ist ‚GEHEIM' eingestuft und mit dem Stempel ‚Quellenschutz' versehen, ein wichtiges Dokument. Und, wie heute feststeht, eine Blamage. Fritsche erinnerte die These von der braunen RAF an Berichte über ‚drei Bombenbauer aus Thüringen, die seit mehreren Jahren abgetaucht' seien. Dabei seien ‚diese Personen auf der Flucht' und hätten ‚seither keine Gewalttaten begangen'. Ihre Unterstützung sei ‚nicht zu vergleichen mit der für einen bewaffneten Kampf aus der Illegalität'. Zudem seien ‚Absichten für einen solchen Kampf in der rechtsextremistischen Szene nicht erkennbar', ein ‚potenzielles Unterstützerumfeld' gebe es ‚nicht'. Dem Vergleich mit der RAF hielt der Vizepräsident des BfV das Fehlen folgender Merkmale entgegen: Die RAF ‚lebte unter falscher Identität, ausgestattet mit falschen Personaldokumenten und in konspirativen Wohnungen. Dies erforderte ein hohes Know how und ein Sympathisantenumfeld. Zur Finanzierung wurden Raubüberfälle begangen.'"

Alles, was von Fritsche im Jahr 2003 – mit Blick auf das Trio (!), das zu diesem Zeitpunkt bereits vier Morde begangen hatte – in Bezug auf die Frage Rechtsterrorismus verneint wurde, fand genau zu dieser Zeit statt. Es gab ein Unterstützerumfeld, falsche Identitäten, Finanzierung durch Banküberfälle etc. Deutlicher lässt sich die Fehleinschätzung nicht dokumentieren.

## Rassistische Motivation wurde zu früh ausgeblendet

Ganz anders präsentierte sich eine Woche später der Zeuge Jürgen Maurer, Vizepräsident des BKA. Ohne dass man seine Position und Analyse in allen Punkten teilen muss ging es Mauer in seiner Befragung ersichtlich darum zu klären, warum die Ermittlungen zur Ceska-Mordserie und auch zu den anderen Verbrechen des NSU nicht als Taten von Nazis erkannt wurden, warum der Rassismus als Motivation von den Ermittlern nicht oder nur so randständig zum Thema gemacht wurde und was generell in den polizeilichen Ermittlungen falsch gelaufen ist.

Den Vorwurf, auf dem rechten Auge blind zu sein, wollte Maurer für das BKA nicht gelten lassen. Für ihn selbst mag das zutreffen, denn Maurer war es, der beim Anschlag in der Keupstraße 2004 sofort in Richtung rassistischer Hintergrund dachte und es als schweren Fehler bezeichnete, dass von den Behörden in NRW dieses Motiv in den Ermittlungen so schnell ausgeblendet wurde. Und Maurer war es auch, der sich als einziger Vertreter des BKA im Frühjahr 2006 für die aus Bayern stammende Fallanalyse, es könne sich bei den Tätern auch um solche mit einer rassistischen Motivation und mit Bezügen zum rechten Umfeld handeln, unterstützte. Im BKA wurde er mit dieser Position jedoch nicht unterstützt und konnte sich schlussendlich auch nicht durchsetzen. Hier blieb man strikt bei der Ermittlungsrichtung Organisierte Kriminalität.

Ernüchternd war für den Ausschuss seine Einschätzung, auch mit einer zentralen Ermittlung durch das BKA und einer stärkeren Berücksichtigung rassistischer und extrem rechter Hintergründe der Taten, sei man dem NSU 2006 nicht mehr auf die Spur gekommen. Jedoch blieben diese Spekulationen rein hypothetisch, da man real fast niemals in Richtung extremer Rechter ermittelt hat. Deutlich wurde auch in dieser Befragung, dass 2004 beim Bombenanschlag in Köln entscheidende Fehler gemacht wurden. Hier war die Machart eines rechten Anschlags nach dem Vorbild von Combat 18 offensichtlich, selbst BfV und BKA haben in diese Richtung gedacht, ohne dass es Auswirkungen auf die Ermittlungen in NRW hatte.

## Aktenschreddern im BfV

Schließlich spielte das Thema Aktenvernichtung des BfV in allen Ausschusssitzungen eine Rolle. Der vom Innenministerium eingesetzte Sonderermittler Hans Georg Engelke wurde sowohl öffentlich als auch in geheimer Sitzung befragt. Auch nach zwei Befragungen bleibt unklar, wie und warum es zur Löschung von insgesamt ca. 300 Akten aus dem Bereich Rechtsextremismus nach dem 4. November 2011 kommen konnte. Während Herr Engelke behauptet, dass es in den meisten Fällen keinerlei Querverbindungen zum NSU gäbe und in den wenigen Fällen wo dies der Fall sei, keine Verheimlichungsabsicht vorliege, war die Mehrheit des Ausschusses von dieser Form der „Entwarnung" nicht überzeugt. Vielmehr stellte sich der Eindruck ein, dass die vermeintliche Aufklärung der Schredderaktion ein weiteres Beispiel für die Unkontrollierbarkeit des Verfassungsschutzes ist. Da die Vorgänge nicht befriedigend aufgeklärt werden konnten, wird der Sonderermittler in einer weiteren Zeugenbefragung zu den unklaren Punkten befragt werden.

Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusse findet am 8. November 2012 statt, und es werden vier Zeugen vom Militärischen Abschirmdienst MAD vernommen. *Von Gerd Wiegel* ■

---

nis verurteilt. Die „Justizopferhilfe NRW", die die Existenz der Bundesrepublik ablehnt und zum Spektrum der extrem rechten „Reichsbü (hma).rger"-Bewegung zählt, unterhält in Löhne ein Büro. Jürgen Niemeyer hatte versucht, falsche Dollarnoten zu verkaufen. Im Raum standen Summen in Höhe von 130 000 bis 170 000 Dollar. Der Käufer, ein Antiquitätenhändler aus Bad Salzuflen, brachte die Scheine zur Bank, wo das Falschgeld erkannt wurde. Zuvor hatte Niemeyer eine Vertrauensperson vom „Verfassungsschutz" um Rat gebeten. Niemeyer war nach Auskunft des „Verfassungsschutzes" ein Jahr lang im „Aussteigerprogramm Rechtsextremismus NRW." 2009 sei er aus dem Programm wieder entlassen worden.

*hma* ■

## „Souveränitätskonferenz" in Berlin

BERLIN. Die Zeitschrift „Compact" will am 24. November eine „deutsch-russisch-französische Souveränitätskonferenz" im Max-Kade-Auditorium der Freien Universität in Berlin durchführen. Die Konferenz findet „anlässlich des 200. Jahrestages der preußisch-russischen Konvention von Tauroggen als Keimzelle für Deutschlands Wiederauferstehung" statt, so die Veranstalter. Als Referenten auf der Konferenz, die gemeinsam mit dem „Institut de la Démocratie et de la Cooperation" (Paris) durchgeführt wird, werden u.a. Alexander Rahr und Jan von Flocken, beide Autoren des rechten Wochenblattes „Junge Freiheit", der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer und der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer angekündigt. Auch Peter Scholl-Latour, ehemaliger Kriegskorrespondent und wiederholt Interviewpartner der „Jungen Freiheit", wird zu der Konferenz erwartet, die u.a. in der extrem rechten Zeitschrift „Neue Ordnung" des Grazer ARES-Verlages beworben wird. *hma* ■

## Hürtgenwald bleibt Pilgerstätte für Neofaschisten

Am vergangenen Wochenende (20.10.2012; red) war die Gemeinde Hürtgenwald erneut Schauplatz einer neofaschistischen Veranstaltung. Die „Russlanddeutschen Konservativen", ein Zirkel neonazistischer sogenannter

# Ehrenwertes Schreddern und tödliche Kaffeesatzleserei

**Petra Pau, Obfrau für DIE LINKE im Untersuchungsausschuss des Bundestages, der die NSU-Mordserie aufklären soll, mit einem Ausblick auf die Anhörung in dieser Woche, Vorfälle um den deutschen Ku Klux Klan, das Verhältnis von Innenstaatssekretär Fritschs zum Schreddern und das Verhältnis der Ermittler zu übergossenem Kaffeemehl**

**Bevor ich zum Untersuchungsausschuss in dieser Woche komme, bewegen mich zwei andere Vorfälle.**

Petra Pau: Nur zu!

**In Baden-Württemberg soll ein Verfassungsschützer ein Führungsmitglied des Ku Klux Klan in Deutschland gewarnt haben, sein Telefon werde abgehört.**

So las ich es auch. Möglicherweise folgt da noch Schlimmeres.

**Vordem war bereits bekannt geworden, dass Polizisten im Ländle Ku Klux Klan-Mitglieder waren.**

Im Untersuchungsausschuss hat ein FDP-Kollege zynisch gefragt, ob irgendein deutscher Ku Klux Klan-Rassist nicht bei der Polizei oder beim Verfassungsschutz angestellt war oder ist.

**Auch der Thüringer Verfassungsschutz hat sich wieder bemerkbar gemacht. Er soll versucht haben, im Umfeld von Katarina König, für DIE LINKE Abgeordnete im Erfurter Landtag, einen V-Mann anzuwerben.**

Offensichtlich wollte man antifaschistische Initiativen auszuspähen.

**Ist das noch fassbar?**

Mich überrascht fast nichts mehr.

**Akten über den Ku Klux Klan sollen geschreddert worden sein, und zwar noch nach Auffliegen der NSU-Nazi-Bande.**

Jetzt werde ich mal sarkastisch. Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche aus dem Bundesinnenministerium hat im Untersuchungsausschuss mehrfach beteuert: Wenn Akten vernichtet wurden, dann stets aus hehren Gründen, niemals nicht und auf keinen Fall, um etwas zu vertuschen.

**Was sind die ehrenwerten Gründe, die der Staatssekretär anführte?**

Der Datenschutz, genauer: Das informationelle Selbstbestimmungsrecht von Personen, die in den Akten aufgeführt waren. Es gäbe halt Fristen, und dann seien diese Daten verlässlich zu löschen.

**Das freut die Bürgerrechtlerin Petra Pau, oder?**

Das ist eine Lachnummer. Zur Erinnerung: Im Juni flog auf, dass Akten mit NSU-Bezug vernichtet worden waren, übrigens Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Akten des Bundesinnenministeriums.

**Die Aufregung war groß. Tage später hieß es: Entwarnung, man habe die Akten rekonstruieren können.**

Genau das ist der springende Punkt. Entweder man hat sie vernichtet, um das informationelle Selbstbestimmungsrecht Betroffener zu sichern. Dann sind die Daten weg und man kann die Akten nicht rekonstruieren. Kann man es dennoch, weil die Daten an anderer Stelle noch vorrätig sind, dann stimmt die wohlfeine Begründung schlicht nicht.

**Hauptzeuge in dieser Woche ist Herr Jürgen Maurer, Vizepräsident beim Bundeskriminalamt. Worum geht es?**

Zur Einordnung: Das NSU-Nazi-Trio war 1998 untergetaucht. Ihre zehn Morde fielen in den Zeitraum 2000 bis 2007.

**In diesem Zeitraum war Herr Maurer was?**

Bis 2002 war er im BKA unter anderem für die Organisierte Kriminalität zuständig. Danach für die Abteilung polizeilicher Staatsschutz und mithin auch für den Bereich Rechtsextremismus.

**Womit wir beim NSU wären...**

… nur fast.

**Wieso diese Einschränkung?**

Erstens: Das BKA war bei den Ermittlungen nie federführend. Warum nicht, das gehört zu den ungeklärten Fragen. Immerhin ging es um eine bundesweite Mordserie.

**Und zweitens?**

Die Mörder wurden fast ausschließlich im Milieu der türkischen Opfer vermutet, wo man organisierte Kriminalität unterstellte. Nur einmal ging man hypothetisch von einem rassistischen Motiv und rechtsextremen Tätern aus.

**Das war 2006, richtig?**

Ja, aber nur für kurze Zeit. Auf einer BKA-Notiz fand sich dazu der Vermerk „Kaffeesatzleserei“.

**Von dem aktuellen Zeugen Jürgen Maurer?**

Nein, gerade ihm wird nachgesagt, dass er die rechtsextreme Spur durchaus für möglich gehalten habe.

**Aber der für Staatsschutz zuständige BKA-Beamte Maurer fand offenbar beim BKA-Chef Ziercke kein Gehör. Warum?**

Das ist eine von vielen Fragen, die uns weiter bewegen.

**Abschließend für heute: Sieht bei dem ganzen Wirrwarr überhaupt noch jemand durch?**

Nur, wenn man sich immer wieder die beiden Ursprungsfragen neu stellt. Erstens: War das Nazi-Mord-Trio wirklich 13 Jahr lang unerkannt und unbehelligt? Und zweitens: Warum wurde die rechtsextreme Gefahr so lange, so gründlich, so tödlich unterschätzt? Und warum ist das noch immer so.

*Interview: Rainer Brandt*
*linksfraktion.de, 22. Oktober 2012*

---

„Spätaussiedler“ führten im Raum Hürtgenwald am 20. und 21. Oktober ihre „Jahrestagung“ durch.

Obwohl die Verantwortlichen des Museums „Hürtgenwald 1944 und im Frieden“ als auch Teile der Kommunalpolitik nach Kenntnis der Antifa Düren spätestens seit Freitagabend über die bevorstehende extrem rechte Tagung informiert waren, konnten etwa 15 Teilnehmer/innen – darunter der verurteilte Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub – am Sonntagvormittag ungehindert den Soldatenfriedhof in Vossenack, das angrenzende „Mahnmal“ der „Windhund-Division“ sowie das Museum besuchen.

Organisiert wurde die Veranstaltung von Johann Thießen aus Hürtgenwald-Brandenberg, der wie der ebenfalls anwesende Andrej Triller (Hattingen) zu den Führungspersonen der „Russlanddeutschen Konservativen“ zählt. Johann Thießen stammt aus der Nachfolgegeneration derer, die mit den Faschisten zusammen unzählige Verbrechen begangen haben, – nicht nur in der Sowjetunion –und führt diese „Tradition“ der Zusammenarbeit mit fort, indem er etwa enge Beziehungen zur neofaschistische NPD im Kreis Düren unterhielt. Bei den Kommunalwahlen in Düren 2009 kandidierte Thießen auf Platz 3 der Reserveliste der NPD zum Kreistag. Seit dem Frühjahr ist er Funktionär des „Bundes für Gesamtdeutschland“, einer extrem rechten Splittergruppe. Thießen hält enge Kontakte in die Szene der Holocaustleugner. Weiterhin treibt Thießen sein Unwesen im „Bund der Vertriebenen“. Nachdem er von den örtlichen

# Reise nach Auschwitz

## Ein Versuch, Unbeschreibliches in Worte zu fassen...

Vom 28. bis 30. September reisten Mitglieder und Sympathisanten der Jugendbibliothek Gera e.V. und Mitglieder der DKP Thüringen nach Oświęcim und besichtigten das Arbeits- und Vernichtungslager Auschwitz.

Nichts für schwache Nerven waren die schockierenden Bilder und Videomaterialien, die sich der Vorstellungskraft jedes vernunftbegabten Menschen entziehen. Industrieller Massenmord mit eiskalten Berechnungen, Tötungen unter dem Gesichtspunkt von Effektivität und Produktivität, Kalkulationen und Kostenberechnungen wie sie nur die perverseste Form des Kapitalismus, der Faschismus, zu Stande bringen kann.

Initiator und Profiteur dieser Perversion war der deutsche Imperialismus.

Auschwitz ist eng verbunden mit IG Farben, ein Zusammenschluss der Monopole BASF (Badische Anilin- und Sodafabrik), Bayer AG, AGFA (Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation), Farbwerke Hoechst AG und einige andere. Maßgeblich unterstützte die IG Farben finanziell und politisch die NSDAP und ermöglichte deren Aufstieg.

Im Gegenzug versprach Hitler Rekordgewinne. Mit der Zwangsarbeit in den Buna-Werken bei Auschwitz erzielten die Kapitalisten später ungeheure Mehrwertraten. Die Lebenserwartung eines Arbeiters in Auschwitz betrug nicht einmal drei Monate. Regelmäßig selektierte die Lager-SS bis zur Arbeitsunfähigkeit ausgebeutete MENSCHEN und schickte sie in die Gaskammern. Das ist es, was Faschismus für die Arbeiterklasse zu bieten hat, arbeiten bis zum Tod, Tod auf den Schlachtfeldern zur Eroberung neuer Absatzmärkte und Rohstoffe in imperialistischen Weltordnungskriegen, Tod in den Bombenschutzbunkern zu Hause.

Solange es den Kapitalismus/Imperialismus gibt, ist der Schoß fruchtbar noch aus dem das kroch (Bertolt Brecht). Die Gedenkstätte Auschwitz steht als Mahnung gegen diesen menschenverachtenden Imperialismus und gleichzeitig für die wichtige Aufgabe, gesellschaftliche Bedingungen herbeizuführen, die so etwas unmöglich machen!

Wir danken der Alternative 54, der Partei DIE LINKE.Thüringen und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in Gera sowie einigen privaten Einzelpersonen für die finanzielle Unterstützung unserer Reise! ■

---

„Vertriebenenfunktionären“ auf Druck der Antifa Düren gemieden und angeblich sogar ausgeschlossen wurde, ist er seit einiger Zeit wieder unter die Fittiche des (BdV) genommen worden. Seit fast einem Jahr ist Thießen Vorstandsmitglied in der Kreisgruppe Aachen-Düren der „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“. Diese „Landsmanschaft“ ist eine von vielen Gruppen unter dem Dach des BdV, zu deren guten Freunden übrigens Dürens Bürgermeister Paul Larue zählt.

Dass Neofaschisten in der Gemeinde Hürtgenwald ungehindert agieren können, verwundert nicht, wenn man sich näher mit Konzeption und Gestaltung des „Ehrenfriedhofes“ und des sogenannten „Museums“ auseinandersetzt. Beide Orten bieten Anknüpfungspunkte für Militaristen und Neofaschisten.

Bereits am 14. Oktober marschierte die ehemalige Wehrmacht in Vossenack auf. Der Zusatz … mahnen zum Frieden“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Windhunde“ der 116. Panzerdivision die faschistischen Täter sind, die in der Schlacht im Hürtgenwald einzig dazu beigetragen haben, die Vernichtungsmaschinerie in den Konzentrationslagern, das Sterben und die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg sinnlos zu verlängern.

Für den 18. November steht in Vossenack möglicherweise der nächste extrem rechte Auftritt bevor, wenn „Bürgerliche“ und militante Neonazis sich wieder in gruseliger Koexistenz auf dem Soldatenfriedhof zum gemeinsamen Gedenken beim „Volkstrauertag“ einfinden. Angeführt wird dieser anachronistische Zug von einem Pfaffen und begleitet von Bundeswehrsoldaten die seit längerem wieder grundgesetzwidrig Kriegspartei nicht nur in Afghanistan sind.

Wir AntifaschistInnen setzen uns seit Jahren mit den Vorgängen auseinander und fordern in diesem Zusammenhang regelmäßig die Umgestaltung des Museums, der Kriegsgräberstätte und der öffentlichen Gedenkveransaltung in einem antifaschistischen und antimilitaristischen Sinne. Aus diesem Grund rufen wir in diesem Jahr zu einer Kundgebung unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ am 18. November ab 9 Uhr am Soldatenfriedhof in Hürtgen auf. Mehr Informationen zur Kundgebung: http://vossenack.blogsport.de/

*Antifa Düren, 25. Oktober 2012* ■

# Durchsuchungen bei Pro-Köln-Funktionären

**Am 23.10. hat Staatsanwaltschaft und Polizei – gestützt auf einen richterlichen Durchsuchungsbeschluss – Räume von pro Köln und deren Funktionären durchsucht.**
Pro Köln, die sich sonst als „Rechtsstaatspartei“ profilieren will und immer den Grundsatz betont, dass angeblich jeder vor dem Gesetz gleich behandelt werden muss, will dies für sich selbst nicht akzeptieren. Alles sei das Machwerk einer politisch instrumentalisierten Staatsanwaltschaft (dass ein richterlicher Beschluss vorliegt, wird hier einfach unterschlagen), die Vorwürfe seien absurd und ähnliches. Halten wir zunächst einmal fest, was bis heute noch unbeanstandet durch pro Köln vom Kölner Stadtanzeiger seit Januar 2012 verbreitet werden kann:

„483 Mal trafen sich die Pro Köln Politiker zwischen Januar und Ende November 2011 (der Dezember ist noch nicht berücksichtigt) zu fraktionsinternen Veranstaltungen. Hinzu kommen 172 Rats- und Ausschusssitzungen, für die ebenfalls Sitzungsgelder kassiert werden.

Allein 209 Mal hat Pro Köln Belege für Fraktionssitzungen eingereicht. Würde man die Schulferien abziehen und annehmen, dass man sich an Sonntagen nicht unbedingt zu Fraktionssitzungen trifft, hätte Pro Köln 2011 im Durchschnitt jeden Werktag eine Fraktionssitzung abgehalten. Hinzu kommen 274 fraktionsinterne Arbeitskreissitzungen. Zum Vergleich: Die ähnlich kleine Fraktion der Linken hat 78 Fraktionssitzungen und 33 Arbeitskreissitzungen angegeben.“

Wer diese Zahlen liest, der muss nun weder Polizist, noch Staatsanwalt sein, um den Eindruck zu gewinnen, dass dies nicht stimmen kann. Es ist eigentlich selbstverständlich, dass die Staatsanwaltschaft hier ermittelt und die Frage ist weniger, dass durchsucht wird, sondern warum erst jetzt.

Da beschwert sich pro Köln, dass auch die Büroräume ihres Vorsitzenden, des Rechtsanwaltes Markus Beisicht, durchsucht worden sind. Er könne schließlich mit den angeblichen Taten der Fraktionsmitglieder nichts zu tun haben. Auf der Webseite von pro Köln findet man keine vernünftige Büroanschrift, in der Korrespondenz werden immer die Räumlichkeiten in Leverkusen auch als Sitz des Vereines „pro Köln“ angegeben. Nun dient die Durchsuchung bekanntlich der Auffindung von Beweismitteln und dass dort, wo nach dem Schriftverkehr das Büro von pro Köln ist, auch Beweismittel gesucht werden können, steht wohl auch außer Frage.

Ein besonders herausragendes Mitglied der Stadtratsfraktion von pro Köln ist sicherlich Jörg Uckermann, dessen Register an Vorstrafen und laufenden Ermittlungs- und Strafverfahren deutlich länger sein dürfte als das irgendeines Besuchers des autonomen Zentrums in Köln-Kalk. Orginalton pro Köln: „Keine rechtsfreien Räume für linksautonome Hausbesetzer!“ Sondern –so könnte man jetzt ergänzen – nur für unsere Funktionäre.

Herr Uckermann scheut auch nicht vor dem Versuch zurück, seine privaten Gläubiger zu prellen. Aufgrund seiner Schulden musste er im März dieses Jahres die eidesstattliche Versicherung (früher: Offenbarungseid) abgeben.

Er behauptete dort, überhaupt kein Einkommen zu haben und auf die Frage, wovon er lebe, erklärte er „er werde von seinen Eltern durch Naturalunterhalt unterstützt und erhalte von diesen keine festen Beträge“.

Den Erhalt der Aufwandsentschädigung durch die Stadt Köln verschwieg er. Wer so dreist bei der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung lügt, darf sich nun wirklich nicht wundern, wenn er Besuch vom Staatsanwalt erhält.

Der nächste Versuch, sich rechtswidrige Vorteile zu Lasten des Steuerzahlers zu verschaffen, wird auf der Webseite bereits angekündigt: Pro Köln fordert dazu auf, für die Verteidigung zu spenden. Auf ihrer Webseite behauptet pro Köln auch, Spenden an pro Köln seien steuerabzugsfähig. Das gilt aber sicherlich nur, wenn die Spenden für die Parteizwecke eingesetzt werden, aber nicht für die Verteidigung von Funktionären, denen Betrug vorgeworfen wird. („Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben, § 1 Abs. 4 des Parteiengesetzes). Wir gehen davon aus, dass das Finanzamt sich diese Spendenkampagne genau ansehen wird.

*Eberhard Reinecke, Rechtsanwalt,*
*Mitglied im Polizeibeirat Köln* ■

## NPD-Fackelmarsch in der Reichsprogromnacht

**Ausgerechnet für den Jahrestag der Reichspogromnacht hat die NPD einen Fackelmarsch zum umstrittenen Asylbewerberwohnheim in Wolgast angemeldet**

… Ausgerechnet für den 9. November hat die NPD einen Fackelmarsch zum Asylbewerberheim in Wolgast (Landkreis Vorpommern-Greifswald) angekündigt. Dort sind 150 Menschen untergebracht, was in der knapp 12 000-Einwohner-Stadt für Aufsehen sorgt. In einer perfiden Art und Weise versucht die NPD seit Längerem, aus der aufgeheizten Stimmung politisches Kapital zu schlagen. In ihrer Ankündigung der Demonstration spricht sie von einer „Flut an Asylanträgen“. „Es muß etwas geschehen, und zwar bald“, so die NPD.

Die NPD-Kundgebung steht unter dem Motto „gegen Asylmissbrauch“ und ist zwischen 16.00 Uhr und 24.00 Uhr angemeldet. Erwartet werden rund 100 Neonazis, die im Fackelschein direkt vor das Wohnhaus in Wolgast-Nord marschieren wollen. Als Redner ist mit dem Schweriner Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs ein echter Hardliner vorgesehen. Unterstützt wird er von seinem Fraktionskollegen Michael Andrejewski, der bereits in der Vergangenheit mit einer systematischen Agitation gegen Migranten aufgefallen war. …

Die Demokratinnen und Demokraten wollen dem aggressiven braunen Treiben mit einem Lampionumzug und einer Lichterkette kontern. Bereits zum Pressefest des NPD-eigenen Verlages „Deutsche Stimme“ in Pasewalk hatten mehr als 2000 Bürgerinnen und Bürger mit einer Menschenkette gezeigt, dass Neonazis in Vorpommern nicht willkommen sind. … Auch die Stadt möchte der NPD und der fremdenfeindlichen Atmosphäre etwas entgegensetzten – so sei derzeit ein Willkommensfest für die Flüchtlinge in Planung. ■

## Neo-Nazis in der Bundeswehr?

„Die Bundesregierung hat zugegeben, dass ein mutmaßlicher Rechtsextremist als Bundeswehrsoldat in Afghanistan eingesetzt war“, so Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion (BT-Drucksache 17/10936). Jelpke weiter:

„Ein Hauptmann der Bundeswehr war vom 15. Juli bis zum 13. Oktober als Verbindungsoffizier in Kunduz eingesetzt. Ursprünglich sollte er dort bis Ende Februar kommenden Jahres bleiben. Der Hauptmann ist mutmaßliches Mitglied der rechtsextremen Neonazi-Gruppe ‚Freier Widerstand Kassel‘, die vom hessischen Verfassungsschutz beobachtet

# „Dresden-nazifrei“

## Mobilisierungskampagne für den Februar 2013 gestartet

**Mit einer Aktivierungskonferenz startete das regionale Bündnis „Dresden-nazifrei“ am 12. Oktober 2012 die Mobilisierungskampagne für den Februar 2013. Zwei Tage lang stellte sich das Bündnis mit Impulsreferaten, Diskussionsrunde und Workshops vor.**

„13. Februar – kein Tag für Nazis“ – dies war das Thema der am Freitagabend stattfindenden Podiumsdiskussion und zugleich Auftakt der Konferenz. 80 Interessierte, aus unterschiedlichen Organisationen, Zusammenhängen und Altersgruppen erlebten bei gute Atmosphäre eine spannende Diskussion. Das Podium war mit Vertreter_innen des „Aktionsnetzwerkes Leipzig nimmt Platz“, dem Verein für afrikanisch-europäische Verständigung „Afropa e.V.“ und der Jugendorganisation der SPD bunt zusammengesetzt.

Mit zwei Impulsreferaten setzte sich am Sonnabend die Konferenz im Gewerkschaftshaus Dresden fort. Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen machte deutlich, dass alle Protestformen wichtig sind und sich das Bündnis nicht spalten lassen dürfe. Nach wie vor ist der 13. Februar in der Naziszene ein festes Datum und zählt zu den größten, in den letzten Jahren blockierten, Aufmärschen. Ein Vertreter von „Dresden-nazifrei“ machte deutlich, dass „die bisherigen Erfolge zum größten Teil der Solidarität, der massenhaften Unterstützung aus dem gesamten Bundesgebiet und unseren Nachbarländern zu verdanken sind.“.

Nach einem geschichtlichen Abriss der seit Jahren in Dresden mit unterschiedlichem Erfolg stattfinden Proteste, formulierte er die Ziele der Kampagne für das Jahr 2013. „Eine Kampagne für das Jahr 2013 muss die bisher erreichten Ziele sichern….“. Wenn alte und neue Nazis im Februar 2013 versuchen, in Dresden einen geschichtsrevisionistischen Marsch abzuhalten, wird das Bündnis „Dresden-nazifrei“ erneut mit tausenden Menschen diesen blockieren und somit eine Absage erteilen. „Dafür brauchen wir eine aktivierende, mobilisierende Wirkung in breite Kreise der Bevölkerung – nicht nur zur weiteren Beeinflussung der Gedenkpolitik im Sinne unserer Aktionen mit dem Mahngang Täterspuren, sondern auch dafür, den Opfermythos von der unschuldigen Stadt Dresden zu zerstören. Für ein Februar 2013 ohne Nazis in Dresden, oder nur an dem Platz, wo sie sich als klägliches Häuflein vielleicht gerade mal eingefunden haben – aber keinen Schritt auf unseren Straßen und Plätzen.“, mit diesen Worten beendete der Vertreter von „Dresden-nazifrei“ sein Impulsreferat und erntete dafür großen Applaus.

*Foto: Jens Thöricht*

Im Anschluss folgten mehrere Workshops und Vorträge. So informierten Vertreterinnen die Kampagne „Sachsens Demokratie“ über die „Sächsischen Verhältnisse“. „Interessant und erschreckend“ waren die Worte eines am Vortrag teilnehmenden. Neben einem Überblick über die sächsische Naziszene wurden auch rechtliche Fragen rund um den Protest und Blockaden beantwortet. Unter der Überschrift „Aktiv werden in Dresden“ stand ein Workshop des Akubiz e.V. aus Pirna, welcher sich mit Frage „Wie komme ich von der Couch auf die Straße zur Blockade?“ beschäftigte.

„Wir betrachten die Aktivierungskonferenz als Auftakt für die Kampagne 2013 und bereiten uns bereits jetzt auf alle möglichen Szenarien vor. Als regional aufgestelltes Bündnis laden wir besonders die Menschen in und um Dresden ein, bei dem geplanten Naziaufmarsch im Februar 2013 mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen und diesen zu blockieren.“, so der Pressesprecher von „Dresden-nazifrei“ Silvio Lang am Rande der Konferenz.

Im Anschluss an die Aktivierungskonferenz fand ein Blockadetraining statt, bei dem ein erfahrener Trainer über notwendige Dinge wie Bezugsgruppen informierte und unterschiedliche Blockadetechniken vermittelte.

*Jens Thöricht* ■

# Pogrom – oder nicht?

**Am 22. Oktober 2012 fand im Hoyerswerdaer Büro der Bundestagsabgeordneten (MdB) Caren Lay (Fraktion DIE LINKE) eine Diskussionsrunde zu dem Thema „Hoyerswerda –Richtig Gedenken – aber wie?“ statt. Der Einladung der Löbauer Landtagsabgeordneten (MdL) der LINKEN Heiderose Gläß folgten mehr als 40 Interessierte.**

Auf dem Podium waren neben MdB Lay, die den Abend moderierte, MdL Gläß, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Hoyerswerda Ralf Haenel, Jens Thöricht, Sprecher für antifaschistische Politik im Vorstand der LINKEN. Sachsen, auch zwei Mitglieder der Initiative „pogrom 91“ vertreten.

Die Initiative „pogrom 91“ organisierte bereits zwei antirassistischen Demonstrationen in Hoyerswerda, um ihre Forderung nach einem Denkmal anlässlich des rassistischen Pogroms im Jahr 1991 und die Entschädigung der Betroffenen zu unterstreichen. Diese Forderung wurde im Vorfeld der Demonstration durch das Vorstandsmitglied der LINKEN. Sachsen Thöricht unterstützt, der ebenfalls für eine Teilnahme an der Demonstration warb. Da die Forderungen und die Demonstration an sich, nicht nur in den Reihen der LINKEN vor Ort, für Aufregung sorgten, lud MdL Gläß zu einem Austausch darüber ein.

Zu Beginn stellten alle Podiumsteilnehmer ihre Position vor, wobei Haenel klar machte, dass er den Begriff „Pogrom“ ablehne, da er diesen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus fest verbinde.

So entwickelte sich an dem Abend eine rege Diskussion darum, ob der Begriff „Pogrom“ für die Ereignisse in Hoyerswerda passend ist. Die Vertreter von „pogrom 91“ machten ebenfalls wie Thöricht deutlich, dass per Definition schon klar erkennbar wird, dass der Begriff zutrifft.

Mittlerweile hat die Stadtverwaltung Hoyerswerda einen künstlerischen Wettbewerb zur Errichtung eines Denkmals zum Gedenken an den Herbst 1991 ausgelobt.

Ob sie dies nach über 21 Jahren nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen auch ohne den Druck von „pogrom

91“ getan hätte, ist mehr als fraglich. „Wir werden uns mit einem eigenen Entwurf an diesem Wettbewerb beteiligen“, so Matthias Buchner, Pressesprecher von der Initiative „pogrom 91“. In der Wettbewerbsjury sitzen die Vorsitzenden der Stadtratsfraktionen, so auch Ralf Haenel. Er erklärte, dass er einem Entwurf nicht zustimmen könne, „wenn auf diesem das Wort „Pogrom“ stehe“.

In der Diskussion mit dem Publikum zeigte sich, dass viele sich vor der Demonstration im September Kontakt zu den Organisatorinnen dieser gewünscht hätten. Für das nächste Jahr plant „pogrom 91“ anlässlich des 20. Jahrestages der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl erneut eine Aktion in Hoyerswerda, um auf das Problem Rassismus aufmerksam zu machen. Zu dieser sind alle mit dem Anliegen sympathisierenden Menschen schon jetzt herzlich eingeladen.

MdL Gläß ist der Ansicht, dass die unterschiedlichen Auffassungen kein Generationsproblem sind, so hat sie zu manchen Ansichten des Stadtratsfraktionsvorsitzenden eine andere Meinung. Wichtig sei es, dass konträre Meinungen diskutiert werden und versucht wird ein Konsens zu erzielen.

„Unsere Stadt hat schon vieles getan um die Geschichte aufzuarbeiten. Wir wissen aber auch, dass noch vieles zu tun ist.“, so Regina Elsner, Vorsitzende der Hoyerswerdaer Ortsgruppe des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA).

Zum Abschluss hielten alle Podiumsteilnehmer fest, dass es wichtig ist, weiter im Gespräch zu bleiben. MdL Gläß und MdB Caren Lay boten genauso wie Thöricht der Initiative „pogrom 91“ an, sie im nächsten Jahr wieder zu unterstützen.

*Jens Thöricht*

---

wird, und Mitglied einer Reservistenkameradschaft. 2008 hatte er einen Mitgliedsantrag bei der NPD gestellt.

Das Verhalten der offiziellen Stellen ist mehr als dubios. So will die Bundesregierung erst aus Presseberichten von den Vorwürfen erfahren haben. Vorigen Monat hatte der Hessische Rundfunk darüber berichtet. Offenbar hat die Reservistenkameradschaft die vorgesetzten Stellen nicht informiert, sondern es vorgezogen passiv zu bleiben. Das entspricht nicht dem Bild einer antifaschistischen Armee, das die Bundesregierung sonst gerne präsentiert, und darf für die Reservisteneinheit nicht folgenlos bleiben. Komplett versagt hat der Militärische Abschirmdienst: Er hat nicht einmal die Presseberichte registriert, sondern wurde erst aus der Truppe heraus mit diesen Berichten konfrontiert.

Der Militärgeheimdienst hat es demnach einem Neonazi mit ermöglicht, auf Bundeswehrkosten Kriegserfahrung zu sammeln. Bei der Untersuchung des Falles legt die Bundesregierung keine besondere Eile an den Tag. Völlig unverständlich ist, dass der Hauptmann erst einen Monat nach Bekanntwerden der Vorwürfe aus Afghanistan abgezogen wurde.“

*Ulla Jelpke, MdB; Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE.* ■

## Offener Brief der Italiener in Deutschland

**Ihren Exzellenzen**
**Joachim Gauck, Präsident der Bundesrepublik Deutschland**
**Giorgio Napolitano, Präsident der Italienischen Republik**
**Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland**
**Mario Monti, Präsident des italienischen Ministerrats**
**Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments**

Die in Deutschland lebenden Italiener sind zutiefst bestürzt über die Einstellung des Verfahrens von Seiten der Staatsanwaltschaft in Stuttgart in Bezug auf das Massaker in Sant’Anna di Stazzema (La Spezia), das am 12. August 1944 stattgefunden hat. Es wurde nach einer zehnjährigen Untersuchung den Tatsachen widersprechenden Begründungen und pseudo-historischen Argumenten eingestellt.

Wir gehen nicht auf rechtliche Fragen ein, da mit seiner Entscheidung der wohlbekannte Generalstaatsanwalt Bernhard Häußler aus einer rechtlichen Angelegenheit ein ernstes politisches Problem gemacht hat.

Also fordern wir, dass das Problem so schnell wie möglich gelöst wird, und zwar mit einer Entfernung von Bernhard Häußler *(aus dem Verfahren, Red*, um aus dem Verfahren in kurzer Zeit die natürliche Schlussfolgerung zu ziehen.

Bei allem Respekt gegenüber der deutschen Justiz — und damit auch nicht auf die historische Tatsache eingehend, dass nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik die schlimmsten Nazi-Mörder ihre Anstellung im Rechtswesen behielten und ihre Vergiftungsarbeit der deutschen Gesellschaft in aller Ruhe weiterführen durften— kann ein Staatsanwalt wie Bernhard Häußler sich nicht über den Bundestag stellen, der am 15. Mai 1997 mit einer eigenen Erklärung verkündete: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Bande von Mördern von Sant’Anna di Stazzema die 16. SS-Panzergrenadier-Division Reichsführer SS war, die nicht aus „einfachen Soldaten“ zusammengesetzt war, sondern aus Angehörigen einer Parteimiliz, alles Freiwillige, Kriminelle von Kopf bis Fuß, die bereits schon nur auf Grund der Mitgliedschaft in einer solchen Bande zu bestrafen sind.

… Seitdem Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hat, hat die Bundesrepublik 40 Jahre lang die Nazi-Schergen nicht loswerden wollen oder können; nach der Wiedervereinigung hat wohl mancher gehofft, dass niemand mehr darüber reden würde. Aber es hat zu viele Opfer auf dem Boden ganz Europas gegeben, um in der Lage sein, so zu tun als ob nichts gewesen wäre.

Niemand will hier denjenigen die Schuld auferlegen, die „die Gnade der späten Geburt“ haben, wie einmal Helmut Kohl sagte, es bleibt aber weiterhin in ihrer Verantwortung mit der Geschichte abzurechnen und NS-Giftstoffe und Hirngespinste zu beseitigen die immer noch in der deutschen Gesellschaft im Umlauf sind um zu verhindern, dass die barbarischen Ausschreitungen der Vergangenheit sich wiederholen können.

Von Seiten eines Großteils Deutschlands nicht erkennen zu wollen, was die Nazi-Zeit wirklich gewesen ist, ist ein großes Hindernis auf dem Weg der Europäischen Einigung, der einzige Horizont, der unserem Kontinent eine mögliche Zukunft des Friedens und sozialer Gerechtigkeit bescheren kann.

Auf keinem Fall haben wir die Absicht, alles über einen Kamm zu scheren, denn dann würden wir nicht freiwillig in Deutschland leben. Wir vergessen auch nicht die Tatsache, dass während des Zweiten Weltkriegs tausende echter deutscher Soldaten den Mut hatten, die richtige Wahl zu treffen und den Offizieren die nur in der Lage waren, hirnlose Befehle zu erteilen ihren Rücken zeigten, indem sie sich den Alliierten ergaben, sondern auch in verschiedenen Weisen mit dem italienischen Widerstand zusammenarbeiteten und damit zeigten, wahre Vorläufer eines europäischen friedliebenden, freien und gerechten Deutschlands zu sein. Viele von ihnen wurden in der gleichen Weise und oft mit italienischen Opfer zusammen ermordet, womit sie Deutschland geehrt haben. Diejenigen, die in der Bundesrepublik überlebten, wurden als Deserteure verfolgt und von Beamten und Politikern mit stichhaltiger Nazi-Vergangenheit gedemütigt.

Wir nehmen diese Gelegenheit um daran zu erinnern, dass auch in Italien noch einige lange Schatten der faschistischen Vergangenheit liegen und so können wir daher nicht Anderes tun, als unsere Hand der Freundschaft all jenen Deutschen auszustrecken, die dafür kämpfen, um dauerhaft mit der Nazi-Vergangenheit und ihren barbarischen Exzessen Schluss zu machen. ■

# 20 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen

## Erneut Debatte um Asylrecht und Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Deutschland

Da sind sie wieder, die Kampfbegriffe aus der Zeit der 80er und 90er Jahre: „Asylbetrüger“, „Scheinasylant“, „Asylschmarotzer“, „Wirtschaftsflüchtling“ usw. Die älteren Hasen von uns erinnern sich gut (aber nicht gerne) an den politischen Vorbereitungen zur Abschaffung des damaligen Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993.

Die aktuellen Diskussionen in Zusammenhang mit dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen und der Unterbringung von Flüchtlingen sind zum Teil hanebüchen, erfüllen aber, damals wie heute, einen Zweck: nämlich die Grundlagen zu schaffen, um das Asylsystem in Deutschland und in der Europäischen Union weiter verschärfen zu können.

Der deutsche Verfassungsminister kennt offenbar Art. 16a des Grundgesetzes nicht. Weiß er wirklich nicht, dass sich Flüchtlinge auf Asylgrundrecht und Abschiebeschutz berufen können und nicht er, sondern das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration und die Verwaltungsgerichte für die Prüfung der Asylanträge zuständig sind? Weiß er nicht, dass viele Flüchtlinge auch nach negativem Abschluss des Asylverfahren aus rechtlichen Gründen – also „zu Recht“ – nicht abgeschoben werden dürfen?

Die Sündenböcke von heute haben Gesichter: es sind die der Roma aus Ex-Jugoslawien. Sowohl die deutschen Stammtische als auch die rechtsradikalen Szenen werden aus Berlin und anderen Orten bestens bedient. Die Debatte schürt Rassismus.

Dass die Realität aber eine völlig andere ist, zeigt der Blick auf die Fakten.

### Die Mär von der „Flüchtlingsflut“ und dem „Asylmissbrauch“

■ Die Weltflüchtlingszahlen steigen seit etwa fünf Jahren. Insofern steigt auch die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland. In der Zeit von Januar bis September 2012 haben insgesamt 40201 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Im gesamten Jahr 2011 wurden insgesamt 45741 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylerstanträge wird 2012 gegenüber dem Vorjahr tatsächlich steigen. Aber zur Erinnerung: 1992 betrug die Zahl der Asylbewerber in Deutschland 438191! Aber auch von den Flüchtlingszahlen in Südafrika (107000 Asylgesuche im Jahr 2011) oder aktuell in der Türkei (alleine 100000 Flüchtlinge aus Syrien) ist Deutschland meilenweit entfernt.

■ Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren in den ersten neun Monaten 2012: Afghanistan (5368), Serbien (4160), Irak (3931), Syrien (3721), Iran (2987), Mazedonien (2613), Pakistan (2381), Russische Förderation (1580), Kosovo (1129) und Türkei (1041). Tatsächlich stieg die Anzahl der Asylerstanträge im September 2012 gegenüber dem Vormonat bei serbischen Staatsangehörigen um 899 auf 1395 und bei mazedonischen Staatsangehörigen um 420 auf 1040. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind Roma. Als Fluchtgründe werden von serbischen und mazedonischen Antragstellern größtenteils Diskriminierungen, Ausschluss aus dem Bildungs- und Gesundheitssystem, mangelnde Existenzmöglichkeiten, Krankheiten und menschenunwürdige Lebensbedingungen geltend gemacht. Auch die Europäische Union stellt fest, dass Roma in den Balkanstaaten großen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

■ Die Anerkennungsquoten im Asylverfahren sind sehr unterschiedlich. Die sog. Gesamtschutzquote (Gesamtzahl der Asylanerkennungen und des subsidiären Schutzes) betrug in den ersten neun Monaten 2012 33,9%! Zudem wurden 21,9% der Anträge „anderweitig erledigt“, z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages.

■ Richtig ist aber auch, dass der Großteil der Asylanträge serbischer und mazedonischer Staatsangehöriger vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgelehnt wird (2011: 64,8% bzw. 67,5%) und die Anerkennungsquoten bei diesen Antragstellern gegen Null tendieren. Dies zeigt allerdings deutlich, dass die Fluchtgründe der Antragsteller vom deutschen Asylsystem nicht ausreichend berücksichtigt werden. Von „Asylmissbrauch“ kann daher keine Rede sein.

Asylsuchende und sog. „unerlaubt eingereiste Personen“ werden nach Aufnahmequoten auf die Bundesländer verteilt und schließlich in die Kommunen zugewiesen. Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist eine Pflichtaufgabe, keine „freiwillige Leistung“.

### Unterbringungschaos ist zum Teil hausgemacht

Da die Zahl der Asylerstanträge in Deutschland seit rd. fünf Jahren ansteigt, kann niemand überrascht sein, dass sie weiterhin ansteigt. Das Land sowie die Kommunen in NRW haben trotz Kenntnis dieser Entwicklung versäumt, die Unterbringungskapazitäten entsprechend zu erhöhen. Das aktuelle Unterbringungschaos ist zu einem bestimmten Teil hausgemacht:

Die Bezirksregierung Arnsberg hat bereits in einem Anschreiben vom 15.10.2010 an alle Kommunen des Landes NRW auf das Ansteigen der Flüchtlingszahlen hingewiesen: Die Zugangszahlen „haben bereits sowohl in der Erstaufnahmeeinrichtung Dortmund als auch in den Unterbringungseinrichtungen des Landes NRW (Hemer und Schöppingen) zu einem Erreichen und zeitweiligen Überschreiten der Kapazitätsgrenze geführt.

Dementsprechend mussten auch meine Zuweisungen in alle Kommunen des Landes NRW in diesem Zeitraum zunehmen und werden nach den letzten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auch weiterhin steigen. Ich bitte diese Entwicklungen bei Ihren Planungen für die Unterbringung der Ihnen zugewiesenen Asylbewerber zu berücksichtigen“.

Die Mahnung aus Arnsberg spricht für sich. Wer hat den Brief eigentlich wirklich gelesen?

Auch in der Stadt Köln liegen die Nerven blank. Nicht erst, als der Landesinnenminister die Stadt anwies, 200 Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen. Zuletzt teilte die Kämmerin in Zusammenhang mit der von ihr erteilten Haushaltssperre mit, der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei hierfür als „weitere zusätzliche Belastung“ mitverantwortlich. Mit anderen Worten: Flüchtlinge, die schlicht ihre Rechte wahrnehmen, trügen Mitschuld an der Finanzmisere. Oder hat sie es nicht so gemeint?

Tatsache ist aber, dass die Flüchtlingsheime in der Stadt voll bis überbelegt sind.

### Flüchtlingsunterbringung in Köln

Das waren sie aber schon vor einem Jahr. Deshalb wurde Ende 2011 die Notunterkunft in der Herkulesstraße eingerichtet.

Der Kölner Stadtrat hat im Jahr 2003 den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen eingerichtet. Dieses Gremium hat in der Vergangenheit sehr viel bewirkt, z.B. die Leitlinien für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen entwickelt oder die Studie Menschen ohne Papiere in Köln veranlasst. Der Runde Tisch sollte mehr als bisher und systematisch an den für Flüchtlingsfragen relevanten Verfahren und Entscheidungen beteiligt werden.

Die Forderung des Kölner Flüchtlingsrates, eine Sondersitzung des Runden Tisches einzuberufen, wurde gerade eben erfüllt. Sie wird in der 2. Novemberwoche stattfinden.

### Vorschläge:

l Die Hürden bei der Erteilung der Erlaubnis zum Wohnheimauszug sollten drastisch gesenkt und das erfolgreich operierende Projekt „Auszugsmanagement“ personell ausgeweitet werden: Je-

→

## Petition gegen Gutscheine unterschreiben!

Bitte die Petition an den Niedersächsischen Landtag gegen Gutscheine unterschreiben!

Auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 18.07. dieses Jahres, das Flüchtlingen den gleichen Satz wie ALG II-EmpfängerInnen zuspricht, erhalten viele Flüchtlinge in Niedersachsen weiterhin Gutscheine oder z. T. auch Sachleistungen und nur einen geringen Bargeldbetrag von 78,00 bis maximal 134,00 Euro im Monat. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht diese Leistungen als das Existenzminimum bezeichnet hat, sieht das Innenministerium es weiterhin als rechtskonform an, diese Leistungen noch zu kürzen, wenn nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken.

Die Gutscheinpraxis ist diskriminierend, entwürdigend, trägt zur gesellschaftlichen Isolation der Flüchtlinge bei und bringt sie in eine noch prekärere Lage als sie ohnehin schon sind.

Wir bitten Sie deshalb: Unterzeichnet die Petition für Bargeld statt Gutscheine an den Niedersächsischen Landtag!

Die in dem Petitionstext beschriebenen Leistungen sind durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr aktuell, da der Text bereits vor dem Urteil veröffentlicht und von vielen Menschen unterzeichnet wurde (und deshalb auch nicht mehr geändert werden kann). Da aber leider weiterhin die Praxis aktuell ist, in Niedersachsen Gutscheine und Sachleistungen an viele Flüchtlinge zu zahlen, wird die Petition unverändert zur Unterstützung verbreitet und soll Ende November im Niedersächsischen Landtag zusammen mit den Unterschriften eingereicht werden. Wir bitten daher weiterhin, die Petition hier zu unterzeichnen:

http://www.nds-fluerat.org /projekte /solitausch-bargeld-statt-wertgutscheine/petition/

oder alternativ den Text runter zu laden, auszudrucken und konventionell auf Papier unterschreiben zu lassen. Die unterschriebenen Listen dann bitte an den Flüchtlingsrat Niedersachsen, Langer Garten 23b, 31137 Hildesheim senden.

Außerdem wird es gegen die Praxis Gutscheine und Sachleistungen an Stelle von Geld auszuzahlen am Sa., 01. Dezember in Hannover eine Demonstration geben, zu dem das Bündnis niedersächsischer Gutscheintauschinitiativen aufruft.

**Demonstration: Bargeld statt Gutscheine für Flüchtlinge**
**Termin: Sa., 01.12.2012, 12.00 Uhr**
**Ort: Bahnhofstraße (vor dem Hauptbahnhof), Hannover**

*Aufruf unter: www.solitausch.org*

*gez. Sigmar Walbrecht*
*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.* ■

## Kritik an langen Wartezeiten im Visumsverfahren

Die Beantwortung einer kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zu „langen Wartezeiten und Ungleichbehandlungen im Visumverfahren“ durch die Bundesregierung hat eine angeregte Debatte über die deutsche Visumpraxis ausgelöst (BT Drucksachen 17/9837 und 17/10022). Die Antworten belegen die Einschätzungen der Linkspartei, nicht einmal die verpflichtenden Mindestvorgaben des EU-Rechts würden in der deutschen Visumpraxis eingehalten. Die Abgeordnete Dagdelen hat deshalb Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt und Zahlen zur Praxis in wichtigen deutschen Botschaften nach Brüssel übermittelt. Neben den extremen Wartefristen auf eine Visumentscheidung in vielen deutschen Auslandsvertretungen ist auffällig, wie hoch die Quote der Ablehnung von Visaerteilungen in einigen Staaten ist, aus denen Flüchtlinge kommen.

*Quelle: Fachpolitischer Newsletter Nr. 187 Pro Asyl* ■

## Schweiz: Einigung bei Asylpolitik

Die Schweiz hat ihr Asylrecht erneut verschärft. Das Parlament (Nationalrat) und die Regierung (Ständerat) beschlossen Ende September, dass Asylsuchende, die straffällig wurden oder sich nicht an Vorschriften wie etwa Reisebeschränkungen halten, in besonderen Zentren untergebracht werden können. Außerdem wurde der Flüchtlingsstatus eingeengt: Deserteure gelten ab sofort nicht mehr automatisch als Flüchtlinge. Auch wird die Möglichkeit abgeschafft, bei einer Schweizer Vertretung im Ausland einen Asylantrag zu stellen. Diese „Botschaftsgesuche“ waren bislang für Flüchtlinge eine Möglichkeit, legal Asyl zu beantragen, statt irregulär in die Schweiz einzureisen. Schließlich soll die Dauer der Asylverfahren beschleunigt werden – wie auch die Beschwerdefristen. Kritik an den Neuerungen kam vor allem von den Grünen und von Flüchtlingsorganisationen.

*www.parlament.ch*
*Quelle: www.migration-info.de* ■

## Österreich: Kritik an Abschiebungen

In Österreich steht die Praxis in der Kritik, Asylbewerber abzuschieben, die sich

---

der Flüchtling, der eine Privatwohnung bezieht, schafft Platz für andere in den Flüchtlingswohnheimen.

l Die Notunterkunft in der Herkulesstraße für Flüchtlinge, die nicht der Stadt Köln zugewiesen sind, sollte innerhalb des Gebäudes kurzfristig ausgebaut werden, um mehr Menschen dort vorübergehend aufzunehmen. Für die Flüchtlinge sollten dann aber auch mehr Beratungs- und Betreuungsangebote vorgehalten werden.

l Die in den Kölner „Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen“ verankerten Standards sollten auch im Hinblick auf weitere Unterbringungseinrichtungen für nach Köln zugewiesene Flüchtlinge unbedingt beibehalten werden.

l Neue Unterbringungseinrichtungen für nach Köln zugewiesene Flüchtlinge sollten nur mit abgeschlossenen Wohneinheiten errichtet werden.

l Bei städtischen Liegenschaften sollte ergebnisoffen die Möglichkeit einer entsprechenden Nutzung und ggf. Bebauung geprüft werden.

l Den Trägern der Flüchtlingsarbeit sollte pauschal der unbeschränkte Zugang zu allen Wohnheimen und Notunterkünften gewährt werden, um die z.T. im Auftrag des Landes durchzuführende soziale Beratung sicherzustellen. Auch könnte hierbei die Zusammenarbeit mit den relevanten Stellen verbessert werden.

l Neben kurzfristigen Lösungen sollten mittelfristig die städtischen Leitlinien für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen überarbeitet werden, um die Flüchtlingsunterbringung konzeptionell zu entwickeln, einen rascheren Wohnheimauszug sicherzustellen und menschenunwürdige Wohnheime in Köln endlich schließen zu können.

l Es sollte kurzfristig das Gespräch mit dem Innenministerium gesucht werden, um auf die Lage in den Kommunen detailliert aufmerksam zu machen. Das Land sollte auch finanzielle Hilfestellungen geben und die Bezirksregierung Arnsberg die Zuweisungen von Flüchtlingen sehr viel schneller bearbeiten.

Vor allem ist aber auch der Rat der Stadt Köln gefragt ein deutliches – und öffentliches – Signal zu setzen, schutzsuchende Flüchtlinge auch weiterhin willkommen zu heißen und die bisherigen humanitären Standards beizubehalten und fortzuentwickeln. Es müssen aber auch konkrete Taten folgen. Hierbei sollten Politik und Verwaltung zusammen mit den Hilfsorganisationen Hand in Hand gehen.

*Aktuelle Broschüre zu bestellen bei:*
*Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.*
*Kartäusergasse 9-11, 50678 Köln*
*proelss@koelner-fluechtlingsrat.de*
*Claus-Ulrich Prölß (Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates e.V.)* ■

schon lange im Land befinden. Obwohl es zuletzt keinen signifikanten Anstieg bei den Abschiebezahlen gab, befürchten Flüchtlingsorganisationen einen Wechsel bei der Abschiebepraxis. Ihr Vorwurf: Viele aktuelle Abschiebungen könnten in Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung stehen, die 2014 in Kraft tritt. Menschen, die seit fünf Jahren in Österreich leben, sollen durch sie ein Bleiberecht erhalten. Befürchtet wird, dass jene, die von dieser Regelung profitieren könnten, vorher abgeschoben werden. Anlass zu solchen Befürchtungen gab die Abschiebung von rund 40 Nigerianern Mitte August, bei der ganze Familien das Land verlassen mussten. Mehrere lokale Initiativen haben sich jetzt zur Plattform „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“ zusammengeschlossen und rufen zu „Aktionstagen gegen die Abschiebungswelle“ auf.

*Quelle: www.migration-info.de* ■

## Niedersachsen: Innenminister hat sich mal wieder erbarmungslos gezeigt

Wie jetzt bekannt wurde, ist eine Familie aus Fredenbeck nach 23 Jahren in Deutschland über Nacht ins Kosovo abgeschoben worden. Dazu erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Pia Zimmermann:

„Erneut ist eine Familie bei Nacht und Nebel Opfer der unmenschlichen Abschiebepraxis in Niedersachsen geworden. Der Innenminister hat sich mal wieder erbarmungslos gezeigt. Die Aussage seines Ministeriums, eine Rückkehr der Familie Fazlijaj sei nicht möglich, ist falsch. Besonders in Fällen humanitärer Not gibt es deutliche Ermessensspielräume für die Behörden. Erst kürzlich wurde einer Familie aus Nienburg die Rückkehr ermöglicht. Bei der Abschiebung der Familie Fazlijaj sind die Ermessensspielräume nicht ausgeschöpft worden. Dieser Vorgang belegt abermals die ideologische Borniertheit der Landesregierung.“

*Quelle: Presseerklärung DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag 22.10.2012* ■

## GRÜNE fordern Runden Tisch für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Die Landtagsgrünen haben von Innenminister Uwe Schünemann gefordert, in der Debatte um gestiegene Flüchtlingszahlen auf Populismus zu verzichten und stattdessen konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Die migrationspolitische Sprecherin Filiz Polat kritisierte am Donnerstag (heute) in Hannover, dass die Verteilung von den Aufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen „von Schünemann nicht gewollt“ sei und die Kommunen nicht kurzfristig und flexibel auf Zuweisungen reagieren. „Ein Runder Tisch mit Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und Flüchtlingsrat sollte umgehend die erforderlichen Maßnahmen für die Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen diskutieren und organisieren“, sagte die Grünen-Politikerin. Eine Unterbringung und Betreuung müsse dezentral in den Kommunen erfolgen statt in zentralen Lagern.

Die Äußerungen des Innenministers, in dem er den Anstieg der Zahlen als „Asylmissbrauch“ zu diffamieren versuchte, zeugt von Ignoranz und fehlender Kenntnis der politischen Lage in den Herkunftsländern, so die Grüne Politikern.

*Quelle: Pressemitteilung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag 18. Oktober 2012* ■

## Caritas veröffentlicht Broschüre „Passtscho“ – Kinderbriefe

Im Ringen um mehr humanitäre Härtefallentscheidungen in der Nds. Härtefallkommission, um eine Bleiberechtsregelung, die ihren Namen auch verdient, wurden wir immer wieder mit sehr engagiert verfassten Kinderbriefen konfrontiert. Sie beinhalten beeindruckend nicht zu überhörende Appelle an die Erwachsenenwelt, besonders wenn es um die drohende Abschiebung der langjährigen Freundin, des Klassenkameraden, des Sportfreundes geht. Die Kinder legen mutig ihre Position dar, ihre Ängste, Hoffnungen, Wut und Wünsche.

Die aktuell erstellte Broschüre „Passtscho“, in der wir einige ausgewählte Kinderbriefe veröffentlichten, soll die Erwachsenenwelt sensibel machen für die Wirkung, die ihre Entscheidungen bei Kindern auslösen. Sie soll verantwortliche Personen in Politik und Gesellschaft auffordern, sich ebenso mutig – wie die Kinder – für mehr Humanität in der Flüchtlingspolitik zu positionieren.

Einzelne Exemplare können gern bei Bedarf bei uns abgerufen werden.

Nachdenkliches und Freude an der Broschüre wünscht Ihnen

Hedwig Mehring, Referentin

Abteilung Soziale Dienste und Einrichtungen

*Referat Migration und Integration*
*Quelle: Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.* ■

## CDU und Nazis zusammen gegen Flüchtlings-Lager in Südberlin

In der Nacht zu Dienstag gegen 1:30 Uhr wurde das Flüchtlingslager in Waßmannsdorf, Landkreis Dahme-Spreewald von Nazis mit Steinen angegriffen. Es wurde der Zaun, der das Kasernengelände umgibt, zerschnitten, Fenster und eine Tür mit Steinen eingeworfen, Farbbeutel geschmissen, ein Hakenkreuz und der Spruch “Rostock ist überall” gesprüht. (Infos von vor Ort) Es wurde niemand verletzt. Der Staatsschutz ermittelt.

Waßmannsdorf ist ein Ortsteil von Schönefeld, der unmittelbar an den Berliner Stadtteil Rudow grenzt. Dort lud die CDU für Dienstagabend wegen einer geplanten Notunterkunft für neuankommende Flüchtlinge zu einer Bürgerversammlung ein. Dabei ging es um Containerunterkünfte auf einem Grundstück in Rudow, das angeblich als Schulstandort für eine neu zu bauende große Gesamtschule vorgesehen war. An der Veranstaltung „Asylbewerberheim in Rudow?“ in der Gaststätte „Steckenpferd (Ostburger Weg 1, 12355 Berlin-Rudow) nahmen für die CDU Hans-Christian Hausmann, Daniel Dobberke, Klaus-Peter Mahlo und Gerrit Kringel teil. Im Publikum waren auch NPDler aus Rudow. Der Anschlag auf das nahe Heim in Waßmannsdorf dürfte also kein Zufall sein.

*http://bglbb.blogsport.de (Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg 11.10.2012* ■

## Hungerstreik von 73 Menschen in polnischen Abschiebeknästen

63 Menschen, die in geschlossenen Zentren für Migrant_innen in Białystok, Biała Podlaska, Przemyśl und Lesznowola untergebracht sind, haben sich entschlossen, gleichzeitig in Hungerstreik zu gehen. Es ist nicht das erste Protestversuch von Migrant_innen, aber das erste Mal, dass Informationen darüber an die Öffentlichkeit geraten. Bisher wurden Streikende in Isolationshaft gesteckt und auf verschiedene Weise bestraft, ohne dass jemand was davon mitgekriegt hätte. Die Inhaftierten fordern unter anderem das Recht auf Information in einer für sie verständlichen Sprache, das Recht auf Kontakt mit der Außenwelt, das Recht auf medizinische Behandlung, Bildung für inhaftierte Kinder und Minderjährige, die Einhaltung von Kinderrechten, die Verbesserung von sozialen Zuständen in den Anstalten, ein Ende von Missbräuchen und Gewalt, sowie das Ende der Kriminalisierung von Inhaftierten. Die Migrant_innen haben beschlossen, zusammen in allen geschlossenen Zentren in Polen zu streiken, in der Hoffnung, dass ihre Stimme nicht ignoriert oder von der Knastleitung unterdrückt wird. Bereits im August 2008 haben 21 Georger_innen in Biała Podlaska gegen die Langwierigkeit der Prozeduren protestiert. In 2010 gingen 37 Migrant_innen in Przemyśl in Hungerstreik, um für bessere Bedingungen und medizinische Behandlung zu kämpfen. Im Dezember 2009 unternahmen ca. 200

Tschtschenen_innen und Georger_innen eine Zugfahrt nach Strasburg zum Sitz des Europäischen Rates und Parlaments. Sie wollten gegen die europäische Migrationspolitik protestieren. Auf Transparenten, die sie aus den Fenstern des Zuges hängten war zu lesen, dass sie vor Verfolgungen flüchten, Hilfe brauchen und fordern, dass man erkennt, dass sie auch Menschen sind. Sie wurden jedoch bereits an der polnisch-deutschen Grenze angehalten. Darüber hinaus kommt es in den polnischen Zentren regelmäßig zu individuellen Streiks, die einerseits totgeschwiegen, andererseits von den Wachen brutal unterdrückt werden. Die Inhaftierten, die sich für den Hungerstreik als Form des Protests in den polnischen geschlossenen Zentren für Migrant_innen entschlossen haben, stellen folgende Forderungen:

– Wir fordern das Recht auf Information die klar in einer für uns verständlichen Sprache verfasst ist ....
– Wir fordern das Recht auf den Kontakt mit der Außenwelt in privaten und juristischen Angelegenheiten, mit NGOs und internationalen Organisationen ...
– Wir fordern das Recht auf eine gute medizinische Behandlung ...
– Wir fordern das Recht auf Bildung ...
– Wir fordern das Einhalten von Kinderrechten ...
– Wir fordern das Ende von Missbräuchen ...
– Wir Fordern das Ende der Kriminalisierung von Migrant_innen ...

*Quelle: https://protestuchodzcow.wordpress.com /deutsch/* ■

## Abschiebehaftanstalten: Nicht zusammenlegen, sondern abschaffen!

Berlins Innensenator überlegt, Abschiebehaft künftig in der Brandenburger Provinz zu vollziehen / Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg und Initiative gegen Abschiebehaft fordern Abschaffung der Abschiebehaft statt Isolierung der Häftlinge in Eisenhüttenstadt Nach Auskunft von Innensenator Frank Henkel sucht die Berliner Innenverwaltung aktuell nach Alternativen zur Abschiebehaftanstalt in Köpenick, die als völlig überdimensioniert und unrentabel gilt.

Im Gespräch ist die Zusammenlegung in der Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt oder an einem neuen Standort in Berlin. Schon in den kommenden Wochen wird mit einer Entscheidung gerechnet.

Abschiebeshaft stellt für die Betroffenen eine enorme Belastung dar. Das Eingesperrtsein und die drohende Abschiebung führen schon nach kurzer Dauer zu körperlichen und seelischen Erkrankungen. 2 Häufig kommt es zu Hungerstreiks und Suizidversuchen. Besuche durch Angehörige, Seelsorger/innen, Anwälte/innen und Ehrenamtliche sind eine unerlässliche Stütze, um den Haftalltag psychisch zu ertragen. Eine Verlegung nach Eisenhüttenstadt würde die Häftlinge völlig isolieren, weil es vor Ort kaum Unterstützung gibt und jeder Besuch aus Berlin mit erheblichem Zeitaufwand verbunden und finanziell kaum zu leisten ist. Auch die Vertretung durch Anwälte/innen ist in Eisenhüttenstadt enorm erschwert.

„Die Fahrt vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt dauert mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zwei Stunden. Welcher Anwalt nimmt für ein Mandantengespräch vier Stunden Fahrtzeit in Kauf?“, fragt Martina Mauer vom Berliner Flüchtlingsrat. Ohne Anwalt können die Inhaftierten die Rechtmäßigkeit der Haft nur schwer überprüfen.

Mit anwaltlicher Hilfe hingegen stehen die Chancen, die Aufhebung der Haft durchzusetzen, recht hoch. „Statt die Abschiebehaft nach Eisenhüttenstadt abzuschieben, sollte der Senat lieber daran arbeiten, Abschiebehaft ganz abzuschaffen“, so Mauer weiter. Seit Dezember 2010 gilt in Deutschland die europäische Rückführungsrichtlinie, nach der Abschiebehaft nur das allerletzte Mittel sein darf. Im Juni 2012 hat sich der Landtag in Rheinland- Pfalz für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Abschiebhaft ausgesprochen. In Schleswig-Holstein heißt es im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung:

„Wir halten Abschiebehaft grundsätzlich für eine unangemessene Maßnahme und werden uns deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Abschiebehaft einsetzen.“

Bis zu einer Änderung der bundesrechtlichen Vorgaben sollen die im Aufenthaltsgesetz bestehenden Ermessenspielräume genutzt werden, um Betroffenen so wenig Beschränkungen wie möglich aufzuerlegen und die Haftanstalt in Rendsburg zu schließen.3

„Den Landesregierungen in Berlin und Potsdam würde es gut anstehen, sich der Politik von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein anzuschließen. Stattdessen wird die rot-rote Landesregierung Brandenburgs nicht müde, die Abschiebehaftanstalt in Eisenhüttenstadt als vermeintlich fortschrittlich schön zu reden und den Standort aus strukturpolitischen Erwägungen zu verteidigen“, sagt Beate Selders vom Flüchtlingsrat Brandenburg. „Es wird Zeit, dass auch Berlin und Brandenburg Abstand davon nehmen, Menschen, die niemandem geschadet haben, ins Gefängnis zu stecken.“

*Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung der Flüchtlingsräte Brandenburg und Berlin und der Initiative gegen Abschiebehaft, 20. September 2012* ■

## Bundesregierung enthüllt Denkmal für ermordete Sinti und Roma

PRO ASYL fordert Auseinandersetzung mit heutigem Rassismus

Morgen wird in Berlin im Beisein der Bundeskanzlerin das Denkmal für die rund 500 000 ermordeten Roma und Sinti enthüllt. PRO ASYL fordert die Bundesregierung auf, das Denkmal als Anstoß zu nutzen, um über die heutige rassistische Diskriminierung von Roma in Europa nachzudenken. „Das Denkmal darf nicht zum Symbol für ein gedankenloses Gedenken verkommen“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Wer ein Denkmal errichtet, muss sich auch mit dem aktuellen Rassismus gegen Roma auseinandersetzen und sich seiner historischen Verantwortung stellen.

In vielen Roma-Familien gibt es eindrückliche Erinnerungen an Verwandte, die den von Deutschland und seinen Vasallen verübten Genozid nicht überlebt haben. In Serbien wurden mehrere Zehntausende Roma und Juden im Rahmen von sogenannten Vergeltungsaktionen von Wehrmachtsoldaten erschossen. Abertausende starben in den Konzentrationslagern Banjica und Sajmište (Belgrad) und Crveni Krst (Niš).

Der rassistisch motivierte Völkermord ist nicht nur historisch mangelhaft aufgearbeitet. Heute werden Roma in Europa ausgegrenzt und rassistisch diskriminiert. In vielen Ländern gehört Antiziganismus zur Alltagskultur. Im Rahmen klassischer Sündenbock-Strategien werden Roma immer wieder an den Pranger gestellt. Auch hierzulande scheuen sich Politiker nicht, antiziganistische Ressentiments zu schüren. Erst vor kurzem hatte Bundesinnenminister Friedrich Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien pauschal Asylmissbrauch unterstellt und die Abschaffung der Visafreiheit gefordert.

Angesichts des am 25. Oktober stattfindenden EU-Ministertreffens appelliert PRO ASYL an die EU-Innenminister, keine neuen Grenzen und Mauern in Europa aufzurichten. PRO ASYL kritisiert den anhaltenden Druck der Europäischen Union auf Serbien und Mazedonien, Asylgesuche ihrer Staatsbürger zu verhindern. Die von diesen Staaten verwendeten Praktiken, durch Kontrollen bereits ihre Ausreise zu verhindern, sind menschenrechtswidrig. Die diskriminierende Kennzeichnung von Roma durch Stempel in ihren Pässen weckt auch fatale Erinnerungen.

Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien haben das Recht auf ein reguläres Asylverfahren, innerhalb dessen die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern zu prüfen ist. „Es kann nicht sein, dass Angehörige der am stärksten diskriminierten Minderheit Europas, die

aufgrund ihrer Diskriminierung in ihren Herkunftsländern zu uns fliehen, hier wiederum diskriminierenden Sonderverfahren unterworfen werden“, so Günter Burkhardt von PRO ASYL.

Bei den Betroffenen handelt es sich größtenteils um Roma, die in Serbien und Mazedonien in solchem Ausmaß massiver rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind, dass ihnen ein menschenwürdiges Leben kaum möglich ist.

Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Vertreibung, keine Registrierung als Staatsbürger, keine Gesundheitsversorgung, Ausgrenzung von Kindern aus dem Schulsystem – dies ist die von Diskriminierung geprägte Lebenswirklichkeit vieler Roma in Serbien und Mazedonien.

Viele Angehörige der Roma gehören bis heute zu den Leidtragenden der ethnischen Konflikte des zerfallenden Jugoslawiens der neunziger Jahre. Nationalismus und Fremdenhass haben sich in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens immer wieder in besonderem Maße gegen die Roma gewendet. Viele wurden vertrieben und leben bis heute abseits ihrer Heimatregionen im Elend. Ein Großteil der in Serbien lebenden Roma ist aus dem Kosovo geflohen.

*Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 23. Oktober 2012* ■

Bild aus der Roma-Siedlung „Vidikovac“ in Belgrad aus dem Bericht „Situation der Roma in Serbien“ von Bastian und Jasmina Wrede vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat aus dem Jahr 2010. (http://www.nds-fluerat.org/projekte/roma-projekt/situation-der-roma-in-serbien/)

## Erklärung der Roma

In den vergangenen Tagen haben konservative Politiker, aber auch Mitglieder der SPD, wiederholt gefordert, die Visumpflicht für serbische und mazedonische StaatsbürgerInnen, die im Dezember 2009 gelockert wurde, wieder einzuführen. Sie möchten damit den „massiven Zustrom von serbischen und mazedonischen Staatsbürgern“ stoppen. Dabei geht es in erster Linie um Mitglieder der Romaminderheit, die seit Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum vermehrt in der EU und anderen Schengener Vertragsstaaten Asyl beantragen.

Die Aufhebung der Visumpflicht für die Staaten des sogenannten westlichen Balkans steht am Ende eines langen Prozesses, bei dem die Staaten im Auftrag der EU tiefgreifende Reformen im Bereich der Gesetzgebung und anderen Bereichen (Dokumentensicherheit, Grenzkontrollen und Kontrolle der Wanderbewegungen, usw.) durchführen mussten. Nur im Bereich Menschenrechte blieben die Reformen weit hinter den Erwartungen zurück. Ende August stellte die EU-Kommission in ihrem dritten Bericht zur Visaliberalisierung erneut fest, dass die Roma in allen Balkanstaaten einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt hindert.

Nach Aussagen der serbischen Regierung leben circa 60 Prozent der geschätzten 450 000 Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen; 30 Prozent haben keinen Zugang zu Trinkwasser; 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Serbische Studien belegen, dass Romakinder in Sonderschulen mit einem Anteil von mehr als 30 Prozent deutlich überrepräsentiert sind. Umfragen zufolge gelten sie als die meist diskriminierte Bevölkerungsgruppe in Serbien, eine Diskriminierung, die sich insbesondere im Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich macht. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in ihrem letzten Länderbericht zu Serbien fest, dass die Mehrheit aller Roma von Gelegenheitsjobs, wie beispielsweise dem Sammeln von Altmetall lebt, und dass kaum Roma in staatlichen Betrieben beschäftigt sind.

Auch in Mazedonien sind Roma einer allumfassenden Diskriminierung ausgesetzt. Ebenso wie in Serbien leben sie in Mazedonien oft in abgeschiedenen Siedlungen, wo sie keinen oder nur beschränkten Zugang zu grundlegenden Diensten haben. Romakinder sind in Sonderschulen und in Sonderklassen deutlich überrepräsentiert, was sowohl auf ungeeignete Einstufungstests, als auch auf eine falsche Orientierung der Eltern zurückgeht, wie das Budapester European Roma Rights Centre kürzlich in einer Studie feststellte. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in einem 2010 veröffentlichten Bericht fest, dass 70 Prozent aller Roma in Mazedonien arbeitslos sind, womit ihre Arbeitslosigkeit deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. ECRI fand auch, dass Roma mit Vorurteilen im Gesundheitssystem konfrontiert sind, was ihren Zugang zu medizinischen Dienstleistungen beeinträchtigt.

Es ist demnach abfällig, wenn Asylanträge von Roma von vorneherein als unbegründet bewertet werden. Laut Handbuch des UN-Flüchtlingswerks von 1951 zu den Prozeduren und Kriterien zur Festlegung des Flüchtlingsstatus, das im Dezember 2011, neu aufgelegt wurde, kann Diskriminierung durchaus als Fluchtgrund gewertet werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie dazu führt, dass eine Person nur mehr begrenzt in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Daneben stellt das UN-Flüchtlingswerk auch fest, dass rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzung darstellt und folglich bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss.

Auf Druck von Seiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, Schweden, Belgien und Luxemburg, haben Serbien und Mazedonien sowie die anderen Balkanstaaten, deren BürgerInnen kürzlich von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte entbunden wurden, in den vergangenen zwei Jahren umfassende Maßnahmen getroffen, um den angeblichen Missbrauch der Visumfreiheit und des Rechts auf Asyl zu beenden. Dazu gehört eine Verschärfung der Grenzkontrollen, in deren Folge Tausende von Menschen, zumeist Roma, aufgrund von zum Teil fadenscheinigen Argumenten und willkürlichen Begründungen an der Ausreise gehindert wurden. Abgeschobenen AsylbewerberInnen droht bei der Rückkehr eine Strafe und der Verlust ihres Passes, womit sie an einer erneuten Ausreise gehindert werden sollen. Roma werden in den Medien und im politischen Diskurs unterschiedslos als „la¸ni azilanti“, als „ScheinasylantInnen“ bezeichnet und für die drohende Aufhebung der Visumfreiheit verantwortlich gemacht. Rassistische Ressentiments gegen Roma erleben einen erneuten Auftrieb. Die Gewaltbereitschaft gegen sie nimmt zu.

Parallel dazu erleben wir in westlichen Ländern eine selektive Aushebelung des Rechts auf Asyl. Schnellverfahren, wie sie jüngst vom bayrischen Innenminister Joachim Herrmann ins Spiel gebracht

wurden, bieten oftmals nicht die Gewähr für eine rigorose Überprüfung des Einzelfalls, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention vorschreibt. Roma aus dem Balkan, die in der EU und der Schweiz Asyl beantragen, unterliegen ohnehin einem Generalverdacht, sogenannte WirtschaftsasylantInnen zu sein, der eine objektive Überprüfung ihres Antrags auf Asyl von vorneherein unmöglich macht. Bereits heute werden Anträge von Roma aus Serbien und Mazedonien vielfach vorgezogen, mit dem erklärten Ziel, Roma durch eine zügige Bearbeitung ihres Asylantrags, die in der Regel in der Ablehnung mündet, davon abzuhalten, überhaupt nach Deutschland ein zu reisen und dort Asyl zu beantragen.

In weniger als zwei Wochen wird Bundeskanzelerin Merkel in Berlin das zentrale Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus einweihen. Die Verfolgung und Ermordung von mehr als einer halben Million Sinti und Roma durch Nazideutschland sollte eine Erinnerung und eine Mahnung sein, wohin Rassismus und Vorurteile führen können. In Serbien wurden mehrere Zehntausende Roma und Juden im Rahmen von sogenannten Vergeltungsaktionen von Wehrmachtsoldaten erschossen. Abertausende starben in den Konzentrationslagern Banjica und Sajmi¨te (Belgrad) und Crveni Krst (Ni¨).

Es ist demnach völlig gedächtnislos und realitätsfremd, wenn deutsche Politiker heute Schnellverfahren für AsylbewerberInnen aus dem Balkan oder eine Wiedereinführung der Visumpflicht fordern, mit dem ausschließlichen Ziel, Roma an der Einreise nach Deutschland hindern. Sie geben serbischen und mazedonischen PolitikerInnen, die ohnehin keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber Roma machen und Roma in Randgebiete abdrängen, wo sie erst recht keine Möglichkeit zum Überleben haben, einen Blankoschein, Roma weiter zu diskriminieren und in der Ausübung ihrer Grundrechte einzuschränken.

Wir fordern ein Ende der rassistischen Hetze gegen Roma! Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien dürfen nicht vom Recht auf Asyl ausgeschlossen werden. Sie haben ein Recht auf eine Einzelfallprüfung, innerhalb derer die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern, in angemessener Weise zu berücksichtigen ist.Wir fordern ein Ende einer restriktiven Ausländer- und Asylpolitik, die dazu geführt hat, dass tausende von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die oftmals Opfer von Krieg und Verfolgung waren, nie eine Möglichkeit hatten, ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. Personen, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, müssen ein Rückkehrrecht erhalten. Sie überhaupt als Fremde zu betrachten ist zynisch und eine Verkennung ihrer Rechte. (Unterschriften)

Chachipe a.s.b.l., Luxemburg • Förderverein Roma e.V., Frankfurt am Main • Rom e.V., Köln • Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Berlin • Romane Aglonipe e.V., Hannover • Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung • Flüchtlingsrat Berlin e.V., Berlin • Bayerischer Flüchtlingsrat e.V., München • Redaktion des Hinterland-Magazins • Flüchtlingsrat NRW e.V., Essen • Grüne Alternative Freiburg • Roma Center Göttingen e.V., Göttingen Hessischer Flüchtlingsrat, Frankfurt am Main • Antirassistische Initiative Rostock • Aktion Bleiberecht Freiburg • Bündnis gegen Abschiebungen (BgA) Mannheim • Flüchtlingsrat Niedersachsen, e.V., Hildesheim • Flüchtlingsrat Brandenburg, Potsdam • Flüchtlingsrat Hamburg e.V., Hamburg • Bündnis „MünsteranerInnen für ein Bleiberecht der Roma" • Verein für politische Flüchtlinge, Münster • Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA Flüchtlingshilfe), Münster • Initiative Grenzenlos Karlsruhe • Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg • Claudius Voigt • Projekt Q – Büro für Qualifizierung der Flüchtlingsberatung

*Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) www.ggua.de* ■

## Kreistag Hildesheim Resolution für Rückkehr von Gazale Salame

Gestern hat der Kreistag in Hildesheim mit großer Mehrheit für die sofortige Rückkehr von Gazale Salame und ihren Kindern Schams und Gazi ausgesprochen, die vor mehr als sieben Jahren von ihrer im Landkreis Hildesheim lebenden Familie (Ehemann Ahmed Siala mit den Töchtern Amina und Nura) getrennt und in ein ihr fremdes Land abgeschoben wurde. Für die Resolution stimmten die SPD, die Grünen, die Linken und die Piraten. Gegen die Resolution sprachen sich die CDU und die FDP aus. Auch der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Klaus Krumfuß, der sich noch vergangene Woche für eine Rückkehr von Gazale Salame stark gemacht hatte, brachte es nicht über sich, im Kreistag gegen seine Fraktion zu stimmen. Immerhin enthielt auch der Gegenentwurf von CDU und FDP die Aufforderung, der Landkreis möge sich "im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für die Rückkehr einsetzen". Landrat Wegner enthielt sich der Stimme.

Wir freuen uns, dass der Kreistag nun eine eindeutige politische Willenserklärung für eine baldige Wiedervereinigung der durch Abschiebung auseinandergerissenen Familie abgegeben hat, und fordern das Land Niedersachsen auf, endlich zu handeln und der Familie ein gemeinsames Leben in Deutschland zu ermöglichen. Die in diesem Zusammenhang auch von der Opposition im Kreistag aufgestellte Behauptung, eine Rückkehrentscheidung für Gazale und die Kinder Schams und Gazi sei "rechtswidrig", ist sachlich falsch. Der niedersächsische Innenminister hätte es in der Hand, wie im Fall der Familie Nguyen aus Hoya eine Familienzusammenführung innerhalb weniger Tage zu ermöglichen.

„In diesem besonderen Einzelfall ist humanitäre Hilfe dringend geboten", erklärte Minister Uwe Schünemann damals. Er bat über das Bundesaußenministerium die Botschaft in Hanoi, ein Visum zu erteilen, und wandte sich mit der Bitte an Bundesinnenminister Friedrich, "in diesem besonderen Fall eine Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Aufenthaltsgesetz zu erteilen". Die Voraussetzungen für eine Rückkehr der Familie Nguyen waren innerhalb einer Woche von deutscher Seite herbeigeführt. Eine entsprechende Bitte für Gazale Salame und die beiden Kinder Schams und Gazi würde mit Sicherheit zu dem gleichen Ergebnis führen.

Hier der Wortlaut der Resolution des Hildesheimer Kreistags vom 11.10.2012: „Der Kreistag wünscht die unverzügliche Rückkehr von Frau Gazale Salame und ihrer Kinder und bedauert, dass die bisherigen Bemühungen hierfür erfolglos waren.

Der Kreistag erkennt an, dass Deutschland die Heimat von Frau Gazale Salame und ihrer Kinder ist. Sie ist im Alter von nur 7 Jahren nach Deutschland geflüchtet und ist zum Zeitpunkt ihrer Abschiebung noch nie in der Türkei gewesen. Dennoch wurden Frau Salame und ihre Töchter in das ihnen fremde Land abgeschoben.

Die Abschiebung der damals schwangeren Frau Gazale Salame und ihrer Tochter Shams und die folgende Trennung von ihren in Deutschland geborenen und hier lebenden Kindern ist eine menschliche Tragödie – insbesondere, da nach Art. 6 des Grundgesetzes, Ehe und Familie unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung stehen.

Die Abschiebung hat zudem zu einer negativen Berichterstattung über den Landkreis Hildesheim geführt.

Der Kreistag spricht sich dafür aus, Gazale Salame aus dringenden humanitären Gründen eine sofortige Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen, und fordert die verantwortlichen Behörden des Landes und des Bundes auf, dies unverzüglich umzusetzen. Der Landkreis muss seinen Spielraum zu einer möglichst humanen Auslegung der Weisungen des Landes Niedersachsen nutzen."

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen* ■

## Hungerstreik in der Türkei

### Bundestagsabgeordnete und MenschenrechtlerInnen unterstützen Forderungen von Hungerstreikenden in der Türkei

Mehrere Tausend politische Gefangene, meist aus den Reihen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), haben am letzten Montag in der Türkei einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Bereits seit über einem Monat führen mehrere hundert Inhaftierte einen Hungersterik durch, von denen sich mittlerweile viele in einem kritischen Gesundheitszustand befinden. Ab dem vierzigsten Tag eines Hungerstreiks treten häufig schwere Gesund-

heitsschäden bis zum Tod auf. In der Türkei wird zudem davon berichtet, dass die Hungerstreikenden verschärfter Isolation und ständigen Mißhandlungen sowie Folter durch die Gefängniswärter ausgesetzt sind.

Die Hauptforderung der Streikenden ist die Freilassung des seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Abdullah Öcalan. Dadurch solle ein Dialog mit dem türkischen Staat ermöglicht werden, da Öcalan als Repräsentant der kurdischen Bevölkerung anerkannt ist und entscheidende Impulse für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage geben kann.

Bereits Anfang des Jahres hatten tausende politische Gefangene aus dem gleichen Grund einen 50 tägigen Hungerstreik in türkischen Gefängnissen durchgeführt. Dieser wurde mit einem ebenfalls 5o tägigen Hungerstreik kurdischer Intellektueller und ExilpolitikerInnen in Strasbourg (u.a. vor dem Europarat), mit der Forderung unterstützt, die EU solle politischen Druck auf die Türkei ausüben die Menschenrechte einzuhalten und einen Friedensdialog zu ermöglichen. Diesebzügliche Zusagen verantwortlicher PolitikerInnen der Europäischen Kommission und des Europaparlaments wurden bis heute nicht umgesetzt. Abdullah Öcalan befindet sich seit mehr als 400 Tagen in absoluter Isolation, die türkische Regierung hat den Konflikt mit der kurdischen Bevölkerung erneut juristisch, polizeistaatlich und militärisch zugespitzt. 2011 wurden 1555 Fälle von Folter angezeigt, fast täglich finden Militäroperationen statt, immer wieder wird von Kriegsverbrechen durch die Armee berichtet.

In türkischen Gefängnissen gibt es nur eine mangelhafte medizinische Versorgung. Gefangene müssen sich zudem oftmals im Beisein von Wärtern und Soldaten untersuchen lassen. Es wird systematisch gefoltert, viele Wärter werden u.a. gemäß der „Panama Schule“, einer Schulungsmethode von Folotermehtoden, ausgebildet. Auch dagegen richten sich die Gefangenen mit ihrem Hungerstreik. Familien die vor dem Gefängnis in der kurdischen Metropole Diyarbakir (kurd. Amed) den Hungerstreik mit einer Solidaritätskundgebung unterstützen wollten, wurden von der Polizei angegriffen. Auch in weiteren Städten ging die Polizei, Berichten zufolge, mit Gewalt gegen friedliche Kundgebungen vor.

Wir unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei. Eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ist nur möglich, wenn alle beteiligten Akteure in einen Dialog treten. Dazu sind die Freilassung Abdullah Öcalans und die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei Grundvoraussetzungen.

Die Bundesregierung sollte den notwendigen politischen Druck auf die türkische Regierung entfalten, anstatt die Politik der juristischen und militärischen Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung und Bewegung zu unterstützen und Zusagen bezüglich neuer „militärischer Abenteuer“ in Syrien zu machen, die die gesamte Region destabilisieren könnten.

In der Bundesrepublik sind dazu u.a. die Anerkennung der kurdischen MigrantInnen als gleichberechtigte MigrantInnengruppe, die Anerkennung und Förderung von muttersprachlichem Unterricht in allen Bundesländern, die Aufhebung des PKK Verbots, die Beendigung der § 129 b Verfahren gegen kurdische PolitikerInnen sowie der sofortige Stop sämtlicher Rüstungsexporte in die Türkei nötig.

Heidrun Dittrich, Mitglied des Bundestags (MdB), Die Linke • Ulla Jelpke, MdB, Die Linke • Harald Weinberg, MdB, Die Linke • Cansu Özdemir, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Die Linke • Marion Padua, Stadträtin Nürnberg, Linke Liste • Yilmaz Kaba, Landesvorstand, Die Linke Niedersachsen • Hamide Akbayir, Die Linke • Michael Knapp, Historiker • Martin Dolzer, Soziologe • Dr. Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag

## PRO ASYL: Flüchtlingskinder werden vielfach diskriminiert

### Bundestagsdebatte zur Verbesserung der Rechtslage minderjähriger Flüchtlinge

Am morgigen Donnerstag (25.10.) wird der Gesetzentwurf der SPD Bundestagsfraktion mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht“ (BT Drs. 17/9187) in erster Lesung verhandelt. Einige wichtige Anpassungen, die sich aus der vorbehaltlosen Anerkennung der Kinderrechtskonvention durch die Deutsche Bundesregierung im Juli 2010 ergeben, werden durch den Gesetzentwurf aufs Tableau gebracht. Aus Sicht von PRO ASYL fehlen aber auch dringend nötige Verbesserungen für minderjährige Flüchtlinge, die in vielen Bereichen diskriminiert werden, da sie nach dem Asyl-und Ausländerrecht oft wie Erwachsene behandelt werden.

Der SPD-Gesetzentwurf greift einige Forderungen auf, die schon lange von Flüchtlings-, Kinder- und Menschenrechtsorganisationen – wie zuletzt mit der Kampagne „Jetzt erst Recht(e) – Für Flüchtlingskinder“– aufgestellt wurden. Im Widerspruch zur Kinderrechtskonvention gelten im deutschen Asyl- und Ausländerrecht Minderjährige bereits ab 16 Jahren als „verfahrensmündig“ – sie werden also wie Erwachsene behandelt. Diesen Missstand will die SPD abwenden und klarstellen, dass Volljährigkeit erst mit 18 Jahren beginnt. PRO ASYL begrüßt auch, dass in dem Entwurf das Prinzip des Kindeswohls als vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt verankert ist.

Beim Thema Flughafenverfahren schlägt der Gesetzentwurf vor, unbegleitete Minderjährige von diesem Schnellverfahren auszunehmen, das im Flughafentransit unter Bedingungen der Kasernierung durchgeführt wird. PRO ASYL begrüßt dies, wenngleich es hinter der Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz zurückbleibt, die eine vollständige Abschaffung des Flughafenverfahrens vorsieht.

Lediglich eine Klarstellung sieht der Gesetzentwurf im Bereich der Inobhutnahme von minderjährigen Flüchtlingen vor. So müsste schon heute eine Inobhutnahme flächendeckend erfolgen – also eine jugendgerechte Unterbringung statt einer in Gemeinschaftsunterkünften mit Erwachsenen – ebenso wie die Bestellung eines Vormundes. Da diese Vorgaben in der Praxis immer wieder unterlaufen werden, ist eine solche Klarstellung hilfreich.

Andere dringend notwendige Verbesserungen für Flüchtlingskinder werden durch den Gesetzentwurf nicht gelöst. Der Bundestag insgesamt muss in folgenden Bereichen tätig werden:

- Minderjährige Asylsuchende sollten nicht länger aufgrund der EU Zuständigkeitsverordnung Dublin II in Abschiebungshaft genommen und in andere EU-Länder abgeschoben werden. Die Abschiebung von Minderjährigen widerspricht dem Kindeswohl.
- Solange die Lagerpflicht für Flüchtlinge nicht ganz abgeschafft ist, sollten zumindest Familien mit Kindern davon ausgenommen werden. Sie sollten einen Anspruch auf eine Privatwohnung haben, da nur so eine geschützte und kindgerechte Entwicklung der Minderjährigen möglich ist.
- Minderjährige Flüchtlinge sollten endlich bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten erhalten. Studien-, Arbeits- und Ausbildungsverboten sollten abgeschafft werden. Zudem sollte ein Anspruch auf Deutschkurse und auf Ausbildungsförderung wie BAB und BAföG von Beginn des Aufenthalts an eingeführt werden.

PRO ASYL fordert die schwarz-gelbe Koalition auf, sich des Themas Kinderrechte von Flüchtlingskindern anzunehmen. Es kann nicht sein, dass die Rücknahme der Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention folgenlos bleibt. Wer Kinderrechte ernst nimmt, muss die Rechte von Flüchtlingskindern stärken und darf deren Situation nicht länger ignorieren.

*Zur Kampagne:*

Die Kampagne „Jetzt erst Recht(e) – Für Flüchtlingskinder“ fordert eine umfassende Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Dazu gehört insbesondere eine Versorgung, die das Wohl des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt. Das vollständige Positionspapier der Kampagne finden Sie unter: http://bit.ly/PloIZP

## DER ANDERE BLICK Roma in Mazedonien

**Eine Ausstellung des Rom e.V., 27.10 –15.11.2012**

Mazedonien ist seit Wochen im Blick der Öffentlichkeit – nicht das Land, sondern die Roma von dort. Sie kämen zurzeit in größerer Zahl nach Deutschland – aus „wirtschaftlichen“ Gründen.

Lernt man diese Menschen kennen, so erfährt man, dass sehr viele vorher aus Deutschland abgeschoben worden waren, oft nach jahrzehntelanger Duldung.

Die Jugendlichen, bei uns geboren, wurden aus Schule und Ausbildung herausgerissen und mit ihren Familien zurückgestoßen in ein Leben ohne menschenwürdige Unterkunft, Arbeit, Gesundheitsversorgung, ohne Perspektiven, oft in bitterste Armut.

Diesem zweiten Blick stellen sich die Medien nicht. Sie sehen auch nicht, dass tausende mazedonische Roma seit den 60er Jahren als Gastarbeiter bei uns leben, erfolgreich in vielen Berufen schon in der 3. Generation und mittlerweile deutsche Staatsbürger sind.

Es fehlt auch der Blick auf diejenigen Roma, die in Mazedonien seit langem zur kulturellen Elite gehören und bewiesen haben, dass dann, wenn man ihnen eine Chance gibt, sie diese mutig ergriffen haben –freilich nur wenige hatten solch eine Chance.

Die Roma prägen auch seit langem die Musik- und Festkultur in Mazedonien. Die Ausstellung will dazu beitragen, dass die neuerliche rassistische Eintrübung des medialen Blickes auf „die Roma“ durch eine von Empathie bestimmte Sicht, eben durch einen anderen Blick korrigiert wird.

In der Ausstellung zeigen wir

❍ „Die Vielfalt meines Lebens“. Ein Fotoprojekt von mazedonischen und Roma-Jugendlichen in Skopje (Vorstellung durch die Projektleiterin Ivana Vaseva, Literaturhaus Köln)

❍ Porträts mazedonischer Roma in Kunst, Kultur, Wissenschaft, Sport und Politik: 11 Beispiele • Dokumente aus der Geschichte des berühmten Roma-Theaters „Pralipe“ (Skopje). Vorstellung durch Nedjo Osman (Theater TKO, Köln)

❍ Von Belgrad nach Skopje. Film von Katrin Schmieders (Münster) zur Situation abgeschobener Romafamilien in Serbien und Mazedonien

❍ Steckbrief über Mazedonien und die aktuelle Situation der Roma im Lande

❍ Vorstellung des neuen Roma-Projekts „Migovita“ durch Sami Dzemalovski (Otto Benecke Stiftung)

Venloer Wall 17
50672 Köln
www.romev.de
E-Mail: info@romev.de

## Aufruf zur

## antifaschistischen Demonstration

## „Ihr Geist spukt weiter“ am

## 10.11.2012 in ZWICKAU

Am 4.11.2012 jährt sich erstmalig das Auffliegen des Terrortrios NSU.

Eine Gruppe von drei bekannten Neonazis, die jahrelang mordend durch die Republik zog, konnte vollkommen unentdeckt unter anderem in der sächsischen Provinz untertauchen.
Erst in den folgenden Monaten nach Auffliegen des nationalsozialistischen Untergrundes wurde deutlich, dass zahlreiche Fehler gemacht wurden und unschuldige Menschen mit ihrem Leben dafür bezahlen mussten.

Trotz vieler Hinweise und eines angeblich funktionierenden Verfassungsschutzapparates war es den Verantwortlichen nicht möglich, diese Gräueltaten zu verhindern.

Bis heute findet keine ausreichende und dem Leid der Opfer gerecht werdende Aufarbeitung statt. Verstrickungen im Nebel des verfassungsschutzrechtlichen Apparates sind an der Tagesordnung von Schredderaktionen bis hin zu gegenseitigen Schuldzuweisungen!

Wir fordern ein menschenwürdiges Gedenken an alle Opfer rassistischer Taten und Übergriffe und solidarisieren uns mit ihnen!

**Alltäglicher Rassismus ist noch immer weit verbreitet und muss bewusst als gesellschaftliches Problem erkannt und aufgearbeitet werden!**

**Wir wollen ein respektvolles Miteinander!**

**13 Uhr**
**am Denkmal**
**für die Opfer des Faschismus**

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN –Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN –Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## Ostorientierung und Antikommunismus

Die äußerste deutsche Rechte sieht „naturgemäß“ in Russland ihren Erzfeind, dessen Bekämpfung sie alle anderen außenpolitischen Ziele unterordnet – so lautet ein in der antifaschistischen Bewegung weitverbreitetes Vorurteil. Es stützt sich auf den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion und die ihm zugrunde liegenden imperialistischen Kriegsziele Nazideutschlands („Lebensraum im Osten“) sowie die rassistische und antikommunistische Wahnidee vom „jüdisch-bolschewistischen Untermenschen“. Vergessen wird dabei, dass es in der völkischen Bewegung auch immer Kräfte gab, die für ein Bündnis Berlin/Moskau, dass sich gegen die USA, Großbritannien und Frankreich richten sollte, eintrat. Einer ihrer prominentesten Vertreter war der „Nationalbolschewist“ Ernst Niekisch.

„Kampfziel Moskau – der neue Kalte Krieg“ lautet das Titelthema der Oktoberausgabe von ZUERST!, illustriert mit einer Fotomontage, die paradierende US-Militärpolizisten vor dem Moskauer Kreml zeigt. Um was es geht, stellt der russische Politiker ALEXANDER DUGIN, der charakterisiert wird durch das „geopolitische Konzept eines ‚Neo-Eurasismus‘ auf der Basis eines in Opposition zu den USA stehenden eurasischen Raumes“ und „Mitbegründer der Nationalbolschewistischen Partei Russlands“ war, in einem Interview dar.

Zuerst wird die Vergangenheit beschworen: Deutschland und Russland verbindet viel, wir blicken auf eine lange gemeinsame Geschichte zurück. Das wird heute gerne – vor allem im Westen – vergessen. In der Konvention von Tauroggen im Jahr 1812 handelte der preußische Generalleutnant Johann David von Yorck eigenmächtig einen Waffenstillstand zwischen dem von Napoléon in seinem Russlandfeldzug eingesetzten preußischen Hilfskorps und der russischen Armee aus. Russland unterstützte Preußens Aufstand gegen die Franzosen, der zu den anti-napoleonischen Freiheitskriegen führte. Die russische Diplomatie hat auch dazu beigetragen, dass 1871 das Deutsche Reich gegründet werden konnte. Russland unterstützte ein starkes Deutschland auf dem europäischen Kontinent. Otto von Bismarck bekam viel Unterstützung aus St. Petersburg. Dies sind nur zwei Beispiele, die Liste deutsch-russischer Kooperationen ist lang, und stets profitierten beide Länder davon“. Das in einer solchen politischen Brautwerbung der Erste Weltkrieg, die Kriege gegen die junge Sowjetmacht in seinem Gefolge, der bereits genannte Überfall auf die UdSSR im Jahr 1941 und der jahrzehntelange Kalte Krieg so gut wie keine Rolle spielen („Natürlich kämpften wir auch in blutigen Kriegen gegeneinander – aber diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei:“), liegt auf der Hand.

Aber in der Außenpolitik geht es nicht um eine schöne Vergangenheit sondern um knallharte und durchaus gegenwärtige Interessen, umso mehr, als es sich bei den Macher(inne)n von ZUERST! um Vertreter(innen) des Konzepts der Geostrategie handelt. Dugin muss also etwas Substanzielles anbieten: „Deutschland ist die tragende Säule der europäischen Wirtschaft. Europäische Wirtschaft bedeutet eigentlich: Deutsche Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft unterscheidet sich stark vom westlich-britischen Kapitalismus. In Deutschland setzt man auf Industrie sowie tatsächliche Wertschöpfung durch Güterproduktion und nicht auf einen immateriellen Finanz- und Bankkapitalismus. Heute wird Deutschland von einer transatlantischen Elite kontrolliert, was eine Annäherung an Rußland verhindert. In Rußland denkt man übrigens absolut pro-deutsch. Putin gilt als großer Freund Deutschlands.“

Nach den nicht offen dargestellten, aber durchaus implizierten Versprechen (Deutschland als führende Wirtschaftsmacht Europas) kommt Dugin zum „Wie?“: „Deutschland ist ein besetztes, ein fremdbestimmtes Land. Die US-Amerikaner üben die Kontrolle aus. Die deutsche politische Elite ist nicht frei. Die Konsequenz: Berlin kann nicht so handeln, wie es in dieser Situation eigentlich zum Wohle des Landes handeln müßte. Momentan wird Deutschland gegen seine eigenen Interessen regiert. Wir Russen können den Deutschen helfen, indem wir die Situation Berlins besser verstehen und darauf hinarbeiten, dass wir beispielsweise deutsch-russische Netzwerke auf verschiedenen Ebenen bilden. Wir können mit verschiedenen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten, unsere kulturellen Beziehungen vertiefen. Ich glaube fest daran, daß es ein Deutschland gegen wird, welches ein freies, starkes und selbstbestimmtes Land in Europa ist und eine wichtige Vermittlerrolle zwischen Ost und West einnehmen kann. Die derzeitige Rolle des Vasallen für Brüssel und Washington kann nicht Deutschlands Schicksal sein“.

Den Zukunftsträumen eines starken Deutschland, dass nicht länger Vasall sein muss, steht allerdings der tiefsitzende, fast schon krankhafte Antikommunismus der deutschen Rechten gegenüber, für die Russland die Sowjetunion ist und bleibt und damit den Staat gewordenen Sozialismus verkörpert. Der manische Antikommunismus der ZUERST!-Leser(innen), der unveräußerlicher Grundbestandteil jeglicher rechter Ideologie und Politik ist und bleibt, muss aus politischen und wirtschaftlichen (schließlich will man seiner Leser bei der Stange halten) Gründen genährt werden. Und da ist er wieder, der Ton des Kalten Krieges: „Während des alten Kalten Krieges unternahmen Moskau und seine Verbündeten viele Anstrengungen, um die westlichen Staaten zu destabilisieren und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland war im Visier der kommunistischen Agenten. Ein ganzes Netz von der DDR unterstützter Organisationen breitete sich in Westdeutschland aus.… Der bekannte deutsche Historiker Hubertus Knabe beschreibt in seinem 1999 erschienenen Buch ‚Die unterwanderte Republik‘, wie östliche Dienste in der Bundesrepublik Deutschland öffentliche Meinung und politische Entscheidungen beeinflußten.... Ganze Legionen etablierter westlicher Journalisten standen laut Knabe auf der Gehaltsliste kommunistischer Geheimdienste und führten mit ‚Informationen’ der Ost-Geheimdienste Kampagnen gegen westdeutsche Politiker und Militärs“.

*tri*

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507